

Sklave der Globalisierung



Adrian Pulver,
Stadtrats-
kandidat,
Zentralsekretär,
Bern

Die ganze Welt ist im Umbruch. Der asiatische Kontinent festigt seine Wichtigkeit und steigt in den Olymp des Einflusses auf. Die USA, so ungefährdet ihre Stellung auch scheint, tut sich als grösste Volkswirtschaft des Erdballs mit der eigenen ungeheuren Ballungskraft schwer. Andererseits wankt die Macht von Europa, möchte es doch mithilfe des beinahe heiligen Dauerprojekts «Europäische Union» (EU) die Nummer zwei sein und unbedingt dieselbe Leistungsquantität wie die USA erreichen können.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Während einzelne Länder zu politischen Kontinenten zusammenwachsen und auch diese immer stärker an Bedeutung verlieren, stellt sich die Frage nach dem Sinn und Zweck. Man kann Macht,

Einfluss und Wachstum als einfache und sogar greifbare Gegebenheiten betrachten. Es ist möglich, das Weltgebilde in einen einheitlichen systematischen Mechanismus zu verpacken, wobei dennoch ein schon fast surrealer Gedanke übrig bleibt. **Es geht um Menschen. Tatsächlich ist es kaum zu glauben, denn die Gesellschaft hat sich zum Sklaven des Systems weiterentwickelt und zugleich selbst abgeschafft.** Man fragt sich, ob der Mensch in diesem Einwelt-System ein Auslaufmodell darstellt. Dabei ist es an der Zeit, sich mit diesen Gedanken zu befassen und lauthals über Alternativen zu diskutieren. Wie definieren sich solche beim Ertönen von Begriffen wie Globalisierung, Zentralisierung, Wachstumswahn, Korruption und Imperialismus? Es sollte sich hierbei zwingend um wichtige Eckpunkte für eine teils auch fundamentale Opposition handeln, da der Mensch in allen Rollen des Lebens das empfindlichste Glied verkörpert.

Die Tendenz, dass ein von Menschenhand geschaffenes halbwegs funktionierendes globales System in ernsthafte Schieflage gerät, lässt sich mehrfach beobachten.

Seit dem Jahr 2008 kann man in dieser Hinsicht eindeutige Zeichen



Die Finanzbranche zog Island in den Abgrund. Am Schluss bezahlt immer das Volk.

deuten, zumal bis zum jetzigen Zeitpunkt ein chronologischer Prozess im Gang ist.

Jüngste internationale Entwicklungen

Die USA, Land einer sehr liberalen Wirtschaftspolitik, vergab Unmengen von Darlehen, vorzugsweise im Immobiliensektor, und riskierte dabei, die finanzielle Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Aufgrund der äusserst freizügigen Gesetzesgrundlagen eskalierte die Situation und etliche Banken mussten vom

Staat unterstützt werden oder gingen pleite. Im amerikanischen Finanzmarkt mischten zahlreiche ausländische, international tätige Institute mit, sodass die Bankenkrise schliesslich zum weltweiten Problem avancierte.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 4 Warum ignorieren wir die Wahrheit?
- 5 Parolen für den Urnengang vom 17. Juni 2012
- 6 Griechenland – der Sündenbock für die Systemkrise
- 8 Pikom
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Bundesrätin empfängt «Sans-Papiers»
- 15 Leserbrief

Bald ist es wieder soweit!



Die SD Schweiz lädt zur alljährlichen traditionellen 1.-August-Feier ein.

Wir freuen uns, sämtliche Mitglieder, Gönner, Sympathisanten, Freunde mit Verwandten und Bekannten begrüssen zu dürfen. Bis bald!

SD Schweiz

Sklave der Globalisierung

Fortsetzung von Seite 1

Der kleine europäische Inselstaat Island, ein Land mit ca. 300'000 Einwohner, ging fast zugrunde. Da die strukturstarke Arbeitsplätze neben dem primären Sektor (Fischfang und Landwirtschaft) ausschliesslich in der Finanzbranche (tertiärer Sektor) zu finden sind, gab es keine Ausweichmöglichkeiten und die gesamte Volkswirtschaft fiel faktisch auseinander.

Staatstragende Grossbanken meldeten ihren Konkurs an. Werden Investitionen verunmöglicht, so schlägt sich dies auf die Beschäftigung aus, was ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben kann. Natürlich blieb auch die Schweiz mit ihren grossen Playern UBS und Credit Suisse nicht verschont. Die UBS war am stärksten betroffen, wobei der Bund 68 Milliarden Franken per Notrecht sprechen musste. In ganz Europa sprach man für die Rettung von etlichen Grossbanken Summen in astronomischen Höhen. **Durch die globale Verknüpfung der Finanzprodukte, welche vor allem auf amerikanischer Seite infolge mangelnder Deckungsgarantie massiver Verluste herbeiriefen, stiegen die Zinsen rasant an. Liquiditätsengpässe bahnten sich an.** Der entscheidende Aspekt lag jedoch in dem nun entstehenden Investitionseinbruch, was sodann einen konjunkturellen Abschwung und schliesslich eine Rezession auslöste. Hinzu kam, dass einige Staatshaushalte, die bereits zuvor als marod eingestuft wurden, dem Druck dieser Turbulenzen nicht standhielten. Die Schulden wuchsen auf ein exorbitantes Niveau an, sodass aufgrund der Währungsverknüpfung (Eurozone) Rettungsmaßnahmen notwendig wurden. **Aus der internationalen Finanzkrise entstand somit die Eurokrise.** Diese liess Europa vom Regen in die Traufe stürzen. Die grösste Hypothek stellt indes bis zum heutigen Tag Griechenland dar. **Mitte März 2012 beliefen sich die Staatsschulden auf 370 Milliarden Euro. Im Rahmen der Verschuldung griechischer Banken kommen nochmals 65 Milliarden Euro hinzu.** Die Mittelmeernation verpasste es über viele Jahre, den stark aufgeblähten Staatshaushalt mit einer ergiebigen Gesamtwirtschaft rentabel zu finanzieren. Zudem ist die Vetterwirtschaft in der öffentlichen Verwaltung ein risikoreiches Ärgernis. Beamte werden mit 50

Jahren pensioniert und erhalten 14 Monatslöhne. Portugal hat mit denselben Problemen zu kämpfen, wenn auch die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit um ein minimales besser als in Griechenland ist. Die Schulden sind ebenfalls etwas tiefer, wobei dennoch im letzten Jahr Hilfszahlungen im zweistelligen Milliardenbereich getätigt wurden. Als drittes Land muss man Irland erwähnen. Mithilfe niedriger Steuern stieg das einstige Armenhaus von Europa zum strukturstarke «keltischen Tiger». Unternehmungen wie der Informatikkonzern «Dell» stehen für diesen steilen Konjunkturanstieg. **Hingegen wuchs die Finanzbranche derart stark, dass die Rezession die entstandene Blase platzen liess und den Staatshaushalt in Mitleidenschaft zog.** Dabei war die aggressive Steuerpolitik nicht gerade förderlich. Nun verbleiben noch die beiden Grossstaaten Spanien und Italien, die neben einer überdurchschnittlichen Verschuldung (deutlich geringer als Griechenland, Portugal und Irland) vor allem über eine Arbeitslosenquote in Rekordhöhe verfügen.

Spanien hat mit 23% die höchste Arbeitslosigkeit des gesamten EU-Raumes. Für Personen unter 25 Jahren beträgt die Quote satte 49%.

Auch Spanien hat eine klassische Immobilienblase hinter sich. Italien kämpft mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und einer zunehmenden Verschuldung (im Verhältnis zur Wirtschaftskraft). Sie beläuft sich auf 36%. Schattenwirtschaft und die damit einhergehende Steuerhinterziehung bilden die Ursachen der Krise im «Bel Paese». Durch die sich über Jahre hinwegziehenden bürokratischen Hürden blieben insbesondere ausländische Investoren fern und provozierten eine Stagnation. Stellt sich noch die Frage nach der Schweiz. **Diese hatte in den vergangenen Jahren als eines der wenigen Länder in Europa ausschliesslich positive Jahresabschlüsse und zudem eine Arbeitslosigkeit von 3,1% (3% bei den unter 25-Jährigen).**

Nur eine Frage ist entscheidend: Welche Rolle spielt der Mensch in diesem Wirrwarr von volkswirtschaftlichen Zahlen und Fakten? Selbstverständlich definiert sich Wohlstand und Wohlfahrt unter anderem über eine geringe Staatsverschuldung, positive Staatshaushalte, ein hohes Bruttoinlandsprodukt und eine tiefe Arbeitslosenquote. Hingegen greift das Argument der automatisch positiven Situation für den Menschen als Le-



Auch der Druck auf die Arbeitsvermittlungen nimmt zu. Arbeitslose werden schneller zur Sozialhilfe weitergeleitet.

bewesen zu kurz, was aussagt, dass man trotz positiver Zahlen eine aktuelle Situation kritisieren kann und auch muss.

Eine positive Konjunktur und das gilt für jedes erdenkliche Land ist nicht per se mit grenzenlosem Wirtschaftswachstum verbunden.

Ein Handeln auf der Basis von Umweltschutz, sozialer Sicherheit, Ethik, Nachhaltigkeit allgemein, aber auch von gesellschaftlichen Faktoren wie demokratischer Mitbestimmung, Unabhängigkeit oder Sozialindikatoren wie der Suizid- und Scheidungsrate verlangen ein Umdenken in einer globalisierten verökonomisierten Mitwelt, die Opfer erzeugt, welche durch positive Wirtschaftsdaten nur bedingt oder gar nicht zu verhindern sind. Gerade in den letzten zehn Jahren hat in der Schweiz ein Umbruch mit etlichen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen und Tendenzen stattgefunden. Diese erzeugen für die einzelne Person auch abseits der globalisierten Konjunktur ein Mehrfaches an Erfolgsdruck.

Schweizer Arbeitnehmer auf dem Prüfstand

Zu Beginn der Nullerjahre schloss die Schweiz mit der Europäischen Union das Abkommen über die freie Personenfreizügigkeit ab. In allen möglichen Branchen konnten nun Angestellte aus den ursprünglichen EU-Staaten ohne Arbeitsbewilligung verpflichtet werden. **Die Folge war Lohndumping in Tieflohnberufen oder eine zunehmende Konkurrenz, die vor allem Hochqualifizierte aus Universitäten und Fachhochschulen zu spüren bekamen. Zudem verstärkte sich die Zuwanderung mit der Ausdehnung der EU, sodass bis heute jährlich ca. 80'000 Personen in den Arbeitsmarkt drängen.** Alle politischen Kräfte, mit

Ausnahme einzelner bürgerlich-konservativer Exponenten, verurteilen jegliche Kritik an der Personenfreizügigkeit als wirtschafts- und fremdenfeindlichen Akt, obwohl der Lohndruck in den Branchen des sekundären Sektors unter anderem hiesige Primos und Secundos betrifft. Dagegen sind auch oft ausländische Unternehmungen, nicht selten mit Angestellten ohne Schweizer Wohnsitz, an hiesigen Aufträgen beteiligt, wobei in diesen Fällen die Missbrauchsquote der Arbeitsbedingungen jeweils sehr hoch ist und trotz ständiger Verbesserungen der gesetzlichen Bestimmungen (sogenannte flankierende Massnahmen) nicht wesentlich gelindert werden kann. Überdies sind diese Massnahmen wiederum politisch umstritten. Des Weiteren ist bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) ein horrendes Sozialabbau zu verzeichnen.

Seit 2002 hat man die Bezugsdauer des Arbeitslosentaggeldes von 520 auf 260 Tage halbiert und zwar bestärkt durch die Argumentation, dass die Unternehmungen zu entlasten und der Konsum zu fördern sei.

Die Folge zeigt sich lediglich in einer Zunahme der Sozialhilfebezügler, da die Arbeitslosenkasse die Leistungen ein Jahr früher einstellt. **Die zweite Abbaureform im Jahr 2010 erfolgte unabhängig jeglicher konjunktureller Entwicklung und kann deshalb nicht als wirtschaftsfördernde Reform hochstilisiert werden.** Die Invalidenversicherung (IV) musste sich im Lauf der Nullerjahre immer mehr mit Schulden überhäufen lassen, die teilweise sogar die 10 Milliarden-Grenze überstiegen. Kürzlich wurde die Situation mit einer verstärkten Missbrauchsbekämpfung etwas verbessert, wogegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer ein fataler Lösungsansatz

ist. Mittlerweile ist diese bei 8% angelangt. Höhere Hürden für die Gutsprache einer IV-Leistung (Rente oder Praktikum) sind nicht per se schlecht. Solange jedoch, und man muss hierbei von grossen Unternehmungen mit einer Belegschaft von über 500 Angestellten sprechen, solche Menschen in der herkömmlichen Arbeitswelt keinen Unterschlupf finden, machen Verbesserungen bei der Eingliederung keinen Sinn, zumal das endgültige Ziel nicht eine obligate Stelle mit IV-Entlöhnung sondern eine Arbeit mit normaler Entschädigung sein muss. **Ansonsten verkommt eine Einzelperson mit einem Monatslohn von ca. 2200 Franken (gesetzliches Existenzminimum bei einer Rente zu 100%) zum wahrhaftigen Proletarier der Gesellschaft. Ein Antrag für Ergänzungsleistungen ändert wenig, da sich der Betrag nur unwesentlich auf ca. 3000 Franken erhöht. Eine gesetzliche Quote von für die Anstellung von Personen mit Leistungseinschränkungen wurde von den eidgenössischen Räten verworfen und als unternehmerfeindlich betitelt.** Diese Beispiele zeigen eindeutig das Bild eines modernen Menschen, der im aktuellen Zeitgeist eines fortschrittlichen Industriestaates zum Sklaven verkommt. Der ethische Grundsatz einer Wirtschaft, die dem Menschen dienen sollte und nicht eines Menschen, der einer Wirtschaft dienen muss, ist nochmals in weite Ferne gerückt und erscheint mit der zusätzlichen Belastung der Globalisierung beinahe utopisch. Die globale Vernetzung entscheidet über die Märkte und diese ist kaum durchschaubar und noch viel weniger steuerbar. Dabei sind etliche Ereignisse von Stellenabbau und Betriebsschliessungen bereits erfolgt. Die brandaktuellen Massenentlassungen des Pharmakonzerns Merck-Serono bilden einen nahezu einschlägigen Beweis.

1500 Personen soll man aufgrund einer Zentralisierung der geografischen Konzernstruktur frei stellen. Gerade die Pharmabranche erzielte selbst in düsteren Krisenzeiten satte Gewinne. Volkswirtschaftliche Gründe sind nirgends zu finden.

Ein weiteres Beispiel von etwas geringerer Auswirkung stellt der vor zirka 18 Monaten getätigte Verkauf eines Geschäftszweiges des Sicher-

heitskonzern Kaba Gilgen dar. Das einst stark expandierende Geschäft mit automatischen Türen und Toren wurde an einen japanischen Konkurrenten verkauft, was vorherhand keine Verlagerung respektive Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge hatte. Andererseits ist ein heutiger Abbau von Geschäftszweigen die Entlassungswelle von morgen. Hierbei ist wiederum kein konjunktureller Grund zu erkennen, sondern lediglich ein nicht mehr mögliches Wachstum auf internationaler Ebene.

Gemäss Konzernleitung ist eine global führende Marktposition nicht möglich. Diese Argumente sind typisch für den «Raubtierglobalismus». Das Kuriosum ist erneut, dass aufgrund und trotz positiven Ergebnissen und wachsendem Geschäft, solche Entscheidungen unumgänglich sein sollen.

So setzte sich Kaba Gilgen etwa bei einem Grossauftrag für die Errichtung automatischer Türen bei der Pariser Metro (U-Bahn) durch. Dem Gedeihen der Unternehmung kommt noch eine besondere Bedeutung zu. Es ist der Hauptversorger der Region Schwarzenburg südlich von Bern. **Eine Schliessung des Standorts hätte für viele strukturschwache Gemeinden existenzielle Bedeutung, da kein Arbeitgeber in vergleichbarer Grösse vorhanden ist und die Angestellten in die Stadt Bern ziehen würden.** Fälle in dieser Form sind auch typische Beispiele einer drohenden Zentralisierung respektive Verstärkung. Auch dieses Phänomen ist ein Zeichen von fehlenden Alternativstrategien. Nachhaltigkeit beruht auf qualitativer Entwicklung und der Bewahrung des Bisherigen. Allgemein betrachtet kommt jede Unternehmung, die international expandiert, in eine Situation der Abhängigkeit. Letztlich sind Schweizer Unternehmungen quantitativ immer unterlegen, sodass zuerst der Geschäftszweig verkauft, dann fusioniert und letztlich die einzelne Arbeitsstelle ersatzlos abgebaut wird. Die Schweizer Strombranche befindet sich in diesem Prozess. Die Nordwestschweizer Atel als Nummer zwei des Marktes (zahlreiche Kraftwerke in Italien und Osteuropa) fusionierte mit der Westschweizer EOS (Nummer vier) zu Alpiq. Die Zürcher Axpo (Nummer eins) liebäugelt mit der Nummer drei der Branche,



Stellenabbau bei Merck-Serono und kein eindeutiger Bezug auf negative Geschäftsergebnisse. Welches sind die wahren Gründe der «Raubtierglobalisten»?

der bernischen BKW (kontrolliert grösstenteils den italienischen Strommarkt). Daraus liess sich in entfernter Zukunft eine einzige Schweizer Superunternehmung gründen, bevor sie dann in der französischen EDF oder der deutschen E.ON aufgehen würde. Wo wären die Arbeitsplätze? Viele Firmen sind auf diese Weise verschwunden. Deshalb sind wachstumshemmende Massnahmen von prioritärer Notwendigkeit. **Dabei steht der Mensch als Wesen und nicht als Produktionsfaktor oder gar Sklave im Vordergrund.** Alle Ziele geschehen jeweils zu dessen primärem Schutz.

Qualitatives Wachstum mit ökologischer und sozialer Prägung

Die Personenfreizügigkeit soll ersatzlos gekündigt werden, da sich die Missbräuche nicht eindämmen lassen und die hiesige Arbeitnehmerschaft verstärkter Konkurrenz ausgesetzt ist. Die steigende Bevölkerungszahl verbraucht auch automatisch mehr Ressourcen. Eine kurzfristig geringe Zunahme wäre höchstens mit höheren Familienentschädigungen zu erreichen, zumal man über eine Geburtenzunahme die Sozialwerke sichern könnte. Zudem braucht es eine **Stabilisierung des Baulandes auf dem heutigen Stand.** Um quantitatives Wachstum (Einwanderung und Verbetonierung) zu verhindern, ist der **Steuerwettbewerb zu plafonieren (Einführung von Maximal- und Minimalsteuersätzen),** sodass sich die Kantone und Gemeinden nicht zu stark mit Einzonen überbieten können. Es gilt zu vermeiden, dass wie im Kanton Zug massenhaft Infrastrukturen geschaffen werden und folglich die Preise und Mieten in die Höhe schnellen, was nur den Vermögenden hilft. Importzölle muss man beibehalten und den inländischen Markt stärken. Zukunftsträchtige

einheimische Branchen, die zugleich auch nachhaltig sind, sollen von staatlichen Förderprogrammen profitieren. Ein Beispiel ist die Subventionierung der Landwirtschaft allgemein (insbesondere biologischer Anbau) oder erneuerbarer Energien (Einspeisevergütung). Da zudem die Arbeitsbedingungen human ausgestaltet sein müssen, stellen **branchenübergreifende Mindestlöhne einen wichtigen Grundsatz dar.** Staatliche Betriebe bilden einen gewissen Schutz vor globalisierungsbedingtem Stellenabbau und sollen in der Integration von leistungsschwächeren Angestellten eine wichtige Rolle spielen. Daher sind Privatisierungen und teilweise auch Auslagerungen zu verhindern. Post, Swisscom und Energiebetriebe sind entsprechende Beispiele. Des Weiteren ist qualitative Wirtschaftsentwicklung (qualitatives Wachstum) zu fördern. Das Bildungswesen benötigt Reformen, sodass man die Personalbedürfnisse der Märkte nicht mit EU-Arbeitskräften deckt. Bereits Kinder sind für diese globale Arbeitswelt vorzubereiten. **Dabei tut ein flächendeckender Ausbau der Tageschulen not.** Schulnoten garantieren Transparenz. Zudem schaden föderale Strukturen der Bildungsqualität.

Bei den Universitäten und Hochschulen soll man die Zulassungskriterien dem Bedarf anpassen. Beispielsweise würden etwa entsprechend begabte Studenten für einen Lehrgang zum Maschineningenieur, Informatiker oder Mediziner (nachweisbarer Mangel) verpflichtet und gefördert.

Um auf Einwanderung zu verzichten, muss aus der hiesigen Bevölkerung das Maximum erzielt werden. Bildung ist der zentrale Rohstoff gegen die Globalisierung. Dieser Massnahmenkatalog kann auf realistische Weise den Wirtschaftsstandort vorwärtsbringen und zugleich sozial, ökologisch und ethisch ausgestalten. Der Mensch soll nicht länger Sklave des Zeitgeistes sein. Auch wenn sich die Ereignisse rund um den Erdball überschlagen, so gilt es ebenfalls im eigenen Land Missstände anzupassen. **Kampf der Globalisierung und des Eine-Welt-Gedankens! Jetzt ist der Zeitpunkt für andere Visionen gekommen.**

Opferschutz statt Täterschutz – Abschreckung durch härtere Strafmassnahmen!

Warum ignorieren wir die Wahrheit?

Ein neues «Schlangenei» wird heute in Europa ausgebrütet. An dieser Stelle sei das berühmte Zitat von Recep Erdoğan erwähnt: «Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.»

Als Deutscher, der schon viele Jahre in der Schweiz lebt, habe ich mich oftmals gefragt, ob sie wirklich ein souveräner Staat ist, obwohl wir viel erreicht haben und ein internationaler Anziehungspunkt für die Gelder vieler Investoren geworden sind, denn die Stabilität der staatlichen Struktur und des Bankensystems wird als Garant für die Sicherheit der Gelder von Investoren und Sparern aus der ganzen Welt angesehen. Vor Kurzem übten wir bekanntlich unser demokratisches Recht als Bürger eines souveränen Staates in der viel diskutierten Volksabstimmung über die Frage aus, ob auf dem Boden der Schweiz muslimische Minarette errichtet werden dürfen, das Symbol einer Religion, die unserer Kultur gänzlich fremd ist. **Und weil wir dies ablehnten, wurden wir zur Zielscheibe vieler internationaler Kritiker, als ob die Ausübung des demokratischen Rechts illegal sei und von diversen internationalen Kreisen gesteuert werden müsse.**

Das Eindrucksvollste dabei war freilich, dass wir zahlreiche Drohungen erhielten, wie es bereits andere Länder erlebt haben. Wer könnte Dänemark und die Geschichte um die Mohammed-Karikaturen vergessen, oder die Niederlande mit der Ermordung des Regisseurs durch Moslems, weil er es gewagt hatte, etwas gegen ihre Religion zu schreiben, oder das Nachbarland Österreich. Es scheint, dass der Botschafter der Türkei glaubt, noch immer in jener Zeit zu leben. Herr Kadri Ecvet Tezcan benimmt sich wie ein Sultan, als ob er nicht nur Gast hier in Österreich wäre und kritisiert Parteien wie die ÖVP und Politiker wie Maria Fekter und Heinz-Christian Strache von der FPÖ, **von der er nicht mehr und nicht weniger – Wiedergutmachung für ihre anti-islamischen Positionen forderte, als ob wir uns nicht in Wien, sondern irgendwo in Istanbul befänden, wo die «verschwendische» religiöse Freiheit bekannt ist, welche die Türken den anderen religiösen Minderheiten einräumen.** Das würde ich Ihnen nicht mit grosser Empörung schreiben, aber



Minarette für die Einführung des Muezzin-Rufes. Alles andere wäre gelogen.

ich nehme ein jüngst erschienenenes Buch eines deutschen Verlags (Kollateral-Verlag) mit dem Titel «**Die türkische Bedrohung – Europa im Fadenkreuz des Islam**» von Christoph Hensinger zum Anlass. Dieses Buch liess mich wirklich wütend über unsere fortwährende Teilnahmslosigkeit gegenüber dieser «Schlange» werden, die wir in unserer Mitte nähren, ohne dass es irgendeine wesentliche Reaktion aufgrund unserer vorgeblichen demokratischen Prinzipien gibt, die genau jene beseitigen wollen, für die wir sie verteidigen. Viele fragen sich, warum ständig die PVV an Wählerstimmen gewinnt, und warum sie dauernd von verschiedenen internationalen Zeitschriften wie dem deutschen «Spiegel» kritisiert wird. Er bezeichnet sie als faschistische Partei. Ich wähle nicht die PVV, aber ich kann auch meine Augen nicht vor der Realität verschliessen.

Vor wenigen Jahren (2004) wurden die Niederlande von der bestialischen Ermordung des Regisseurs Theo van Gogh erschüttert, weil er es gewagt hatte, das Problem der Frauen im Islam anzusprechen.

Was erwartet uns noch?

Das arme Deutschland, die Menschen dort sind zu unpersönlichen Maschinen geworden, die ihren Glauben verloren haben. Man könnte meinen, sie seien unbeseelte Zahnräder, die von früh bis spät arbeiten, ohne zu wissen, warum sie eigentlich leben und existieren.

Dagegen überrollt eine Welle der Islamisierung, die sich in der Errichtung von immer mehr und grösseren Moscheen äussert, viele Gebiete des heutigen Deutschlands, und viele Deutsche, die vom Christentum enttäuscht sind, werden Moslems.

Aber der Durchschnittsdeutsche scheint sich heutzutage für nichts anderes als das Essen, Trinken und Wohlergehen zu interessieren, deswegen die zahllosen Kochsendungen in den deutschen Fernsehkanälen. Der Multikulturalismus, der uns im Prinzip aufgezwungen wurde, ohne jemanden zu fragen, beginnt, jede Spur unserer wahren Identität aufzufressen. Die Islamisierung ist ein Genozid. Ich glaube, dass das Problem Deutschlands und der Deutschen heute ist, dass sie allmählich entfremdet werden und ihre nationale und religiöse Überzeugung verlieren und deswe-

gen sind sie nicht in der Lage, die Gefahren aller Art einzuschätzen, die über unserer Gesellschaft schweben. So viele Jahre lang beobachten wir tatenlos, wie die Anwesenheit eines gänzlich fremden Elements neben uns stetig ansteigt. Das Gefährliche an der ganzen Situation ist nicht, dass die Türken und Muslims überall wie Pilze aus dem Boden schiessen, sondern dass ihr Hauptziel ist, sich bei uns durchzusetzen und uns ihre eigenen religiösen und kulturellen Grundsätze aufzuzwingen, wie dieses Buch von Christoph Hensinger belegt. Ich bin sehr betrübt über diese Feststellungen, aber das Buch hat mich wirklich erschüttert, und ich empfehle es, damit wir endlich aufwachen und aufhören, dieses neue «Schlangenei» zu streicheln, das in unseren eigenen Ländern ausgebrütet wird. Wir müssen endlich aufhören, gleichgültig zu sein.

Ludwig Baumann

Personenfreizügigkeit und ihre Folgen

Geschlossen haben die Schweizer Demokraten (SD) bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit vor den Folgen bei einer Annahme gewarnt.

Die Versprechungen über flankierende Massnahmen und die Anwendung der Ventilklausel erweisen sich heute als leere Versprechungen.

Die massive Einwanderung und die grausame Verbetonierung unseres Landes ist heute Wirklichkeit geworden. Der zunehmende Strassenverkehr und der steigende Energieverbrauch sind ebenfalls nicht wegzuleugnen.

Neue «unveröffentlichte» KOF-Studie

Infolge der Auswirkungen der Personenfreizügigkeit bringt nun die Konjunkturforschungsstelle KOF eine neue «unveröffentlichte» Studie über die momentane Entwicklung. **So sollen allein im Jahre 2012 wegen der ungebremsten Einwanderung 42'000 Personen aus dem Schweizer Arbeitsmarkt verdrängt werden.** Bekanntlich sind das meist Personen ab dem 50. Altersjahr, die heute zum «alten Eisen» gerechnet werden.



Die Baubranche – Lohndumping trotz flankierenden Massnahmen.

Damit werden in nur zwei Jahren rund 66'000 Personen oder rund 1,6 Prozent aus ihren Stellen verdrängt.

Etwas locker meldet die KOF, dass davon wohl 60'000 Personen aus der Statistik verschwinden werden, weil sie sich freiwillig aus dem Arbeitsprozess zurückziehen (oder bei den Sozialämtern landen usw.) und sich nur 6000 bei der Arbeitslosenkasse melden. Da trifft die Weisheit wieder zu: «Traue nur einer Statistik, die du selber gefälscht hast.» Bis heute werden

Fortsetzung Seite 5

Parolen für den Urnengang vom 17. Juni 2012

Die Delegierten der Schweizer Demokraten (SD) haben folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 17. Juni 2012 beschlossen:

Nein zur Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»

Wie bei der bereits am 11. März 2012 abgelehnten Bauspar-Initiative **profitieren lediglich vermögende Personen von den langfristigen Sparmöglichkeiten**. Gemäss geltender Gesetzgebung existieren ausreichende Mechanismen zur Förderung des Wohneigentums, zumal dieses Begehren die gezielte Finanzierung von energetischen Massnahmen vollends ausklammert. Die Nein-Parole wurde einstimmig beschlossen.



Bausparen – welcher Nutzen hat die Allgemeinheit?

Ja zur Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»

In den letzten Jahren wird die Schweiz insbesondere von der EU immer stärker unter Druck gesetzt (siehe Steuerabkommen). Dieser Zustand hebt die demokratischen Volksrechte aus und führt zu einer schleichenden Aushöhlung des hiesigen Rechtsstaates. Deshalb fordern die SD analog dieser Initiative, dass **sämtliche Verträge, die eine verbindliche Angleichung an übergeordnetes internationales Recht oder entsprechend hohe finanzielle Leistungen zur Folge haben, dem obligatorischen Referendum unterliegen**. Auf diese Weise gibt man dem Volk in der Aussenpolitik die Funktion als Souverän, der letzten Instanz, wieder zurück. Die Ja-Parole wurde einstimmig beschlossen.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care)

Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) verlangt eine einseitige Stärkung der sogenannten integrierten Versorgung (genannt «Managed Care»). Dabei entstehen für die Versicherten mit anderen Leistungstypen massive finanzielle Nachteile, was sich hauptsächlich im höheren Selbst-



Stärken wir die Schweizer Interessen mit einem Ausbau der Volksrechte.



Gleiche Qualität für alle bei freier Arztwahl. Nein zum Managed Care-Zwang!

behalt manifestiert. **Die SD sprechen sich gegen solche systematischen Zwänge aus und fordern den absoluten Erhalt der freien Arztwahl**. Diese wird durch die ge-

genseitige Verbindlichkeit der einzelnen Netzwerkkomponenten (Netzwerk der integrierten Gesamtversorgung) verunmöglicht. Zudem kann die vorgesehene Budgetmitverantwortung der Netzwerke gegenüber den Krankenversicherungen zu Qualitätsverlusten führen.

Anstatt Leistungsabbau fordern die SD einkommensabhängige Prämien.

Die Nein-Parole wurde bei einer Gegenstimme beschlossen.

Delegiertenversammlung der SD Schweiz

Personenfreizügigkeit und ihre Folgen

Fortsetzung von Seite 4

nämlich die Ausgesteuerten statistisch nicht erfasst.

Verschlechterung der künftigen Wirtschaftslage

Der Grund für die Verschlechterung liegt darin, dass der Zustrom von Stellensuchenden aus dem Ausland trotz oder gerade wegen der schwachen Konjunktur anhält.

Bereits hat Frau Doris Bianchi, zuständige Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, darauf reagiert. Sie verlangt keine Einschränkung der Zuwanderung. Da kann man sich nur noch fragen: Ist den Gewerkschaften und Sozialdemokraten noch zu helfen? Betroffen von der Zuwanderung sind doch vor allem die Arbeitnehmer und nicht deren Bosse wie Paul Rechsteiner und die übrigen SP-Funktionäre.

Kurt Koller, Lichtensteig



Gewalt gegen Polizei wieder deutlich gestiegen

In den letzten Jahren ist der Respekt gegenüber der Polizei in allen gesellschaftlichen Schichten gesunken. War ein Polizist früher noch eine Respektsperson wird er heute oft angepöbelt oder sogar tödlich angegriffen. Erst kürzlich wurden in Bern Polizisten mehrfach mit Steinen und Flaschen aus dem Hinterhalt attackiert. Die traurige Bilanz: Vier verletzte Polizisten innerhalb einer Woche.

Griffigere Massnahmen und mehr Personal

Es ist höchste Zeit, dass die Politiken den Polizistinnen und Polizisten den Rücken stärkt und griffigere Massnahmen einführt. Dazu zählt

der VSPB auch die überfällige Aufstockung der Polizeibestände: «Die Polizei muss wieder mehr Präsenz zeigen. Doch das ist mit den aktuellen Beständen nicht möglich, zumal wegen der neuen Strafprozessordnung immer mehr administrative Aufgaben erledigt werden müssen», betont Max Hofmann und fügt hinzu: «Wir anerkennen, dass die Politikerinnen und Politiker auf dem richtigen Weg sind. Aber das reicht uns noch nicht. Jetzt braucht es griffige Massnahmen und mehr Personal, denn die Zeit des Redens ist definitiv vorbei.»

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter

2012 und 2013 werden gemäss KOF 29'000 zusätzliche Grenzgänger und Saisoniers beschäftigt. Hinzu kommen über diese zwei Jahre rund 90'000 normale Zuwanderer. Wegen der steigenden Rationalisierung dürften jedoch weitere 15'000 Stellen wegfallen.

Jetzt Atomausstieg umsetzen – aber ohne Gaskraftwerke!

Griechenland – der Sündenbock für die Systemkrise!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Alle Augen richten sich zurzeit auf Griechenland; scheinbar ist seine Bevölkerung, sind seine Politiker für den neuerlichen Absturz des Finanzsystems verantwortlich. Doch ist sofort die Frage zu stellen, ob diese vordergründige Schuldzuweisung nicht allzu oberflächlich sei.

Tatsächlich trugen die EU und ihr angeblich unabhängiger Finanzarm, die Europäische Zentralbank EZB, massivst zu den nun aus dem Ruder laufenden Fehlentwicklungen bei. Dies ungeachtet der Warnungen reputierter Ökonomen u.a. mittels einer hochriskanten und dem schnellen Geld Vorschub leistenden Billig-Geld-Politik in einem künstlich eingeebneten Währungsraum. Als Motor wirkten dabei auf Hochzins-Kredite ausgerichtete Geldgeber, das heisst national und international tätige Banken, Hedge Fonds etc. im Verbund mit eingebetteten Ratingagenturen. Seit der 1971er-Entkoppelung der Währungen von Realwerten stand ihnen als Treibstoff das aus dem Boden gestampfte und zusehends wertlosere staatliche und private Schuld(Kredit)geld zur Verfügung. **Ungeachtet der realwirtschaftlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse gewöhnten sie sich an zusehends leichtsinnigere Kreditvergaben im Konsumsektor und im Wohnungsbau. Je tiefer die Kreditratings, desto höher die Zinserträge der «Junk Bonds» und der (durch «Credit Default Swaps» und anderen undurchsichtigen Instrumenten «abgesichert») Staatsanleihen. Dies führte zu immer weniger verkräpften privaten und staatlichen Schulden.** Schliesslich mussten die betroffenen Länder (inkl. der Schweiz) und der IWF systemrelevante Geldgeber vor dem Konkurs retten. Und damit sind wir in der Staatsschuldenkrise gelandet!

Die Banken aber präsentieren sich frech als Opfer der Krisen, die sie wesentlich mitverschuldet haben und zahlen weiterhin exorbitante Saläre und Boni aus.

Die tieferen Ursachen

Die ganze Entwicklung begann 1913 mit der Gründung der FED, die Paul Warburg an der Spitze einer Bankiergruppe durchsetzte. **Das in private Hände gelegte Recht, Geld zu schöpfen, bedeutete nicht nur eine Missachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben, sondern auch einen grundsätzlichen Verrat der Interessen der betroffenen Völker.**

So ist auch der Verlauf des 1. und 2. Weltkrieges, die Katastrophe der Versailler Verträge, die Hilfe an Hitler und seiner Partei, die Vermögenskonfiszierung durch das amerikanische Verbot des Goldbesitzes, die sukzessive Lockerung der Silber- und Golddeckung des umlaufenden Papiergeldes, die total verrückte Erhöhung der Geldmenge auf das sechzig- ja hundertfache der Realwerte der Volkswirtschaften in den letzten 20 Jahren und der 1971 erfolgte unbedachte Ausstieg aus der Golddeckung durch Präsident Nixon zu erklären. Verschiedene amerikanische Präsidenten erkannten diese Zusammenhänge sehr wohl. Würde der heutige Präsident Obama mit dem von ihm propagierten Wandel ernst machen, käme er um eine politisch kaum verkraftbare Beschneidung der Macht der Vereinigten Staaten und der systemtragenden Banken ebenso wenig herum wie um eine Beschränkung des Zinsgeschäfts.

Lincoln hat dies mit der Einführung des berühmten Greenbacks getan. Er wurde am 14. April 1865 ermordet. Kennedy kam gar nicht mehr dazu, seine geplante Finanzreform umzusetzen. Er wurde am 22. November 1963 in Dallas umgebracht. James Garfield wurde 1881 erschossen, nachdem er die folgende Erklärung abgegeben hatte: «Wer immer die Geldmenge kontrolliert, ist in jedem Land der absolute Herr über die gesamte Industrie und den Handel.» Man sieht, amerikanische Präsidenten, die sich mit den Banken anlegen, leben gefährlich. So kann man über Obama ruhig sagen: **«No, he can't. Entweder er lässt den Wandel fallen oder er überlebt ihn nicht!»**

Über die zweifelhafte Schaffung von «Wohlstand auf Pump» in den letzten 20 Jahren gelang es den herrschenden finanzmächtigen Familien Europas und der USA, das klassische Europa der Vaterländer zu liquidieren und einen



Immer mehr Sparpakete. Wie lässt sich Griechenland noch retten?!

leicht manipulierbaren Völkerbrei (Einwanderungskontinent!) zu entwickeln. Gleichzeitig fand eine massive Umverteilung der Mittel aus dem Mittelstand zu den superreichen Herrscherfamilien statt.

Wie seinerzeit in Island entwickelt sich jetzt in Griechenland, aber auch in den weiteren gefährdeten Staaten wie Spanien, Portugal, Irland und Italien, in der Slowakei und sogar in Frankreich (Front National! – F. Hollande als neuer Präsident!) der öffentliche Widerstand gegen die geplante Krise mit dem absoluten Sparkurs, der in eine tiefe Depression münden muss. **Er führt zu einer gesellschaftsdestabilisierenden Jugendarbeitslosigkeit und damit zur grössten aller möglichen Ressourcenverschwendung.** Die tiefe Depression aber führt allzu leicht zum «bewährten» Mittel des Krieges. Wie die jüngste Vergangenheit beweist, lässt sich ein Kriegsgrund relativ rasch und leicht aufbauen respektive einen Gegner finden. Das bedeutet zunächst auch Rückschläge für die aus dem Hintergrund manipulierenden Herrscherfamilien. Deshalb jetzt die wütenden Ausbrüche eines Herrn Trichet und die orientierungslosen Ausfälle einer Angela Merkel gegen die letztjährig geplante Konsultierung des Volkes über die aufoktroierten Sparpakete. Das Beispiel «Island» sitzt den Machthabern offenbar noch in den Knochen. Ob für oder gegen einen Verbleib Griechenlands in der EU, jede demokratische Entscheidung kommt für die aktuellen Machthaber einem Scherbengericht gleich. **Dies umso mehr, als ein solcher demokratischer Entscheid beweisen könnte, dass auch eine kleine, geschädigte Volkswirtschaft auf ihrem eigenen Weg und aus eigener Kraft wieder ins Gleichgewicht kommen könnte. Ja, dass die Wiedergewinnung der eigenen Souveränität und einer eigenen Währung durchaus zu einem Ausweg aus der Krise führen könnte.** Das da-

mit verbundene Nachahmungsrisiko ist für die geheimen Herrscher (der Hochfinanz) inakzeptabel, die Gefahr eines Flächenbrandes zu gross. Deshalb die ungehaltenen Reaktionen und die rücksichtslose Fortführung, ja Intensivierung, der Verschuldung von noch relativ gesunden Volkswirtschaften wie Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und der Schweiz. (Trotzdem die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, muss sie hier aufgeführt werden. Denn längst haben die lieben Nachbarn entdeckt, dass es nur ein wenig Druck braucht, um den schweizerischen Bundesrat und besonders die beiden Grossbanken zum Einknicken zu bringen. Und schon fliessen die Milliarden in das Fass ohne Boden – genannt IMF – und die schweizerische Rechtsordnung wird schmählich zu Gunsten der Justiz in den USA, in Deutschland und anderswo verraten.) Und weil das Geld ja nicht verschwindet – es kommt lediglich in andere Hände (Computer!) – werden damit einmal mehr die Superreichen beglückt.

Philosophische Splitter: Es gibt die böse Aussage, dass nichts auf dieser Welt – seien es Kriege oder Krisen – passiere, das nicht von jemandem geplant worden sei! Dabei sei an die beiden Weltkriege, die Wirtschaftskrisen der 20er-Jahre, aber auch an die jüngeren Krisen (Argentinien, Lehmann-Pleite usw.) und die aktuelle Krise gedacht. Namen wie Rockefeller, Rothschild, Morgenstern, Kissinger, Brzezinsky, Warburg und Greenspan sind dabei nicht zu übersehen.

Jan van Helsing formuliert das so: *«Weltwirtschaftskrisen werden geplant und über die Medien und das Internet ausgelöst. Innerhalb weniger Stunden werden somit Zigmilliarden verdient. Das Geld wechselt einfach nur seinen Besitzer, es geht nicht verloren. Es ist die schnellste Form, um ungeheuer grosse Mengen an Geld noch mehr zu privatisieren.»* Und: *«Es wird wieder einen Crash geben. Und es ist klar, dass die USA den Dollar als Basis für eine Weltwährung haben wollen.»*

Professor Walter Wittmann führt in seinem jüngsten Buch «Super Krise» aus: *«So geht es in der globalen Wirtschaft Schlag auf Schlag: Der Immobilienkrise in der USA folgte eine weltweite Finanzkrise, 2008 kam dann der*

Crash und seit 2009 geht das Gespenst vom Staatsbankrott um.» Und: Dabei wird das (marktwirtschaftliche) Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt. Jene, die für die Schuldenkrise verantwortlich sind, werden (noch) nicht zur Kasse gebeten. Die Kosten werden auf die Steuerzahler noch leistungsfähiger Länder, dominant Deutschland, ausgelagert. Seit dem Ausbruch der Schuldenkrise ist eine gigantische Spekulation mit CDs im Gange. Daran beteiligt sind herausragend Investmentbanken und Hedge Fonds. Nahezu ausschliesslich sind Fremdmittel im Einsatz, man riskiert kaum Eigenmittel. Es ist sozusagen ein gefundenes Fressen für die CDs-Spekulation.»

Professor Fredmund Malik sieht den Kern des Ganzen im Shareholder-Value-Denken. Nach seinen Aussagen ist der Shareholder Value überhaupt kein Mass für die reale wirtschaftliche Leistung und er ist für das Top-Management systematisch irreführend.

«Der vermeintliche Wirtschaftsboom am Ende des letzten Jahrtausends war kreditgesteuert. Notenbanken haben mit ihrer Niedrigzinspolitik eine völlig falsche Politik betrieben. Das Denken in finanziellen Dimensionen gewann die Oberhand, auch in der Unternehmensführung. Zynisch gesagt: **Der Mensch ist degradiert worden zum Barwert seiner Lebensversicherung minus Beerdigungskosten.**»

Nach seinen Aussagen ist der Tiefpunkt der Entwicklung um 2015/2016 zu erwarten. Die Wirtschaftsleistung werde dann um 30 bis 50 Prozent niedriger sein als heute. Er erwartet eine teuflische Abwärtsspirale. **Dabei müssten die unhaltbaren Kredite im Umfang von über 100 Billionen Dollar liquidiert werden.** Eine politische Radikalisierung in dieser Situation betrachtet Malik als die grosse Gefahr.

Michael Morris zitiert Jim Willie, Statistiker, und führt aus: «Noch nie in der modernen Welt waren die Staatsschulden so vieler Nationen auf so grotesken Treibsand gebaut. Das geht weit über Griechenland, Irland und Portugal hinaus – Symbole kleiner, unbedeutender Nationen, für die eine kleine Anzahl anderer Nationen grössere Opfer bringen wird. Mit der Ausbreitung der Staatsschuldenkrise wurde aber zudem deutlich, dass

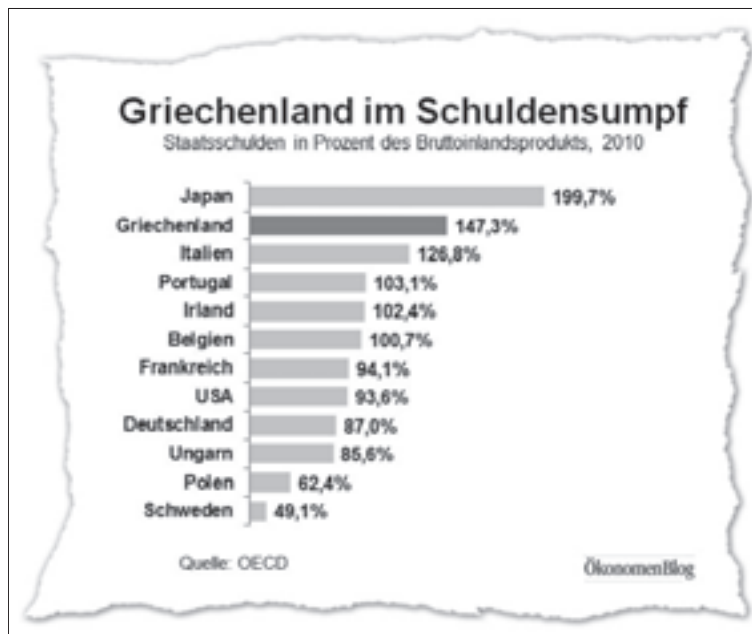
auch Italien, Spanien, Frankreich sowie viele andere Nationen unter dem Druck der verbrieften Staatsschulden zu leiden haben... Grosse Extremereignisse erwarten uns.»

Die führenden Politiker und Journalisten wissen, dass wir am Abgrund stehen. Sie wissen, dass der Euro und die EU nicht mehr zu retten sind, aber sie tun nach wie vor so, als wäre das Problem mit ein wenig Sparen und ein bisschen Einprügeln auf die Griechen lösbar. Politik und Presse lassen die Bevölkerung absichtlich ins offene Messer laufen! Warum? Weil sie alle – wissend oder unwissend – den Herren dienen, die all das absichtlich genauso inszeniert haben.

Und wie wird das alles enden?

Die Armut steigt selbst in Mitteleuropa rasant an. Während wir – die Bevölkerung in Gefahr sind, alles zu verlieren, wird eine Handvoll von Bankiersfamilien immer reicher und mächtiger. **Ihnen gehören in zunehmendem Masse alle auf dieser Welt wichtigen Realwerte – von den Energieträgern bis zum Ackerland, von den Grosskonzernen der Industrie bis zu den Medien-Konglomeraten.** Schon lange sind wir im Fadenkreuz geldhungriger Wirtschaftshyänen der «befreundeten» Grossmächte. Es fing an mit der Erpressung der Schweiz wegen angeblicher Mitschuld an den Verbrechen der Nazis gegenüber dem jüdischen Volk, über die angeblich vermissten Vermögen jüdischer Naziopfer, die einfachheitshalber allesamt in der Schweiz vermutet wurden, dem Zwang, einen wesentlichen Teil unserer Goldreserven (Währungsgold!) zu einem Schundpreis zu verkaufen und jetzt dem Druck auf unser Bankgeheimnis.

Und es erreichte einen vorläufigen Höhepunkt mit dem als Befreiungsschlag angepriesenen und gar zum Staatsvertrag angehobenen UBS-Ukase, dem illegalen Verrat von rund 4800 UBS-Kunden an die US-Steuerbehörde IRS (illegal deshalb, weil seitens der USA der Schandvertrag gar nie in Kraft trat und die Daten deshalb rechtswidrig geliefert wurden). Noch nicht klar ist, mit wie viel weiteren Milliarden Ablasszahlungen die neuste Globallösung zur Abgeltung angeblicher Verletzungen amerikanischen Rechts durch Schweizer Bankiers zu Buche schlagen wird.



Colin Powell forderte die Schweiz anlässlich eines Vortrages in Winterthur am 5. Januar 1998 auf, den Erpressungen nicht nachzugeben, selbst auf die Gefahr hin die Banklizenzen in den USA zu verlieren. Dieser Rat wurde von den Topbankern rundweg abgelehnt, da sie um die Einkünfte aus dem US-Geschäft fürchteten. Damit sind wir zum Ziel immer weiterer Erpressungen geworden, da man ja nun allgemein weiss, dass der Kleinstaat Schweiz in die Knie zu gehen pflegt, wenn nur die Drohungen hart genug formuliert werden.

Interessant ist zu wissen, dass unsere damaligen Peiniger – Hevesi, Singer und Fagan – zwischenzeitlich wegen Vermögensdelikten verurteilt worden sind. Von einem Bundesrat mit etwas mehr Schneid und Courage wären diese Grossmäuler seinerzeit sofort zu «Persona non grata» erklärt und mit einem Einreiseverbot belegt worden.

Zudem war unser Bundespräsident so nett, in vorseilendem Gehorsam Milliarden für internationale Zwecke zur Verfügung zu stellen und der Gesamtbundesrat überbot sich mit Solidaritätsbeiträgen an die neuen EU-Staaten (Kohäsionsmillionen).

Für weitere fahrlässige diplomatische Landesverratshandlungen gibt es für eine entsprechende Sanktionierung in unserer Verfassung leider keine Impeachment-

Klausel. Aber vielleicht wissen uns die alten Griechen mit ihrem Scherbengericht zu inspirieren.

Pickelhartes Beharren auf unseren Rechtsgrundsätzen und den gültigen Verträgen gegenüber den USA, Deutschland und der OECD ganz allgemein, die bewusste Förderung der Beziehungen mit den zukünftigen Schwergewichten der Weltpolitik (China, Indien, Russland usw.) waren und sind die einzig gültige Antwort auf die angesprochenen Erpressungen, denen gewiss weitere folgen werden.

Völlig offen bleibt, ob die in aller Eile neu ausgehandelten Doppelbesteuerungsabkommen mit einem Dutzend OECD-Ländern tatsächlich den Befreiungsschlag bedeuten und die Schweiz vor weiteren «Grauen Listen» schützen werden.

Der weltweit bekannte Vermögensverwalter Marc Faber erklärte, dass möglicherweise eines nicht allzu fernen Tages den Schweizer Anlegern das Gold auf Druck der Amerikaner weggenommen werden wird. Angesichts der voraussichtlich lange dauernden Rezession ist es auch ein klägliches Versagen unserer Regierung, dass die möglichen Notbremsen gegen die Einwanderung nicht gezogen werden.

«Gouverner c'est prévoir(!)»... ist unserem Bundesrat wieder einmal in Erinnerung zu rufen. Zukunftssicherung für sein Volk sieht anders aus, als das, was er uns seit Jahren vorlebt!

Gebt den Griechen die Drachme zurück – für ein Europa der Nationen!

So kann es nicht weitergehen!



Es gibt eine Antwort:

PIKOM

– das einzige
Parteiunabhängige
Informationskomitee

Wir wollen eine massvolle, den Interessen des Landes dienende Zuwanderungs- und Ausländerpolitik! Helfen Sie uns dabei und werden Sie Mitglied, Gönner oder Sympathisant!

Anmeldeformular für das **Parteiunabhängige Informationskomitee**

PIKOM

Das PIKOM hat sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der Jahresbeitrag ist auf Fr. 65.– festgelegt. Gönner und Sympathisanten sind in der Höhe der Zuwendungen frei. Die Namen der Mitglieder werden nicht publiziert.

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail-Adresse: _____

Politische Mandate, Parteizugehörigkeit oder Bemerkungen: _____

Bitte einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau

www.pikom.ch

**Kanton Aargau****Asylanten-Kriminalität: Der Kanton Luzern leitet härtere Gangart ein!**

Schluss mit dem «Asylanten-Schmusekurs» der Aargauer Regierung! SD Aargau fordern ein Handy-Verbot für kriminelle und renitente Asylanten.

Was der Kanton Luzern kann, kann auch der Kanton Aargau! Der Kanton Luzern prüft ein Handyverbot für kriminelle und renitente Asylanten. Genau eine solche Massnahme verlangen die SD Aargau vom Aargauer Regierungsrat.

Es ist doch nicht von der Hand zu weisen; die Kriminalität bei Asylanten hat dramatische und nicht mehr verantwortbare Ausmasse angenommen. Die vom Regierungsrat in den letzten Monaten eingeleiteten Massnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität – innerhalb und ausserhalb von Asylunterkünften – sind sicher gut gemeint, aber völlig unwirksam. Sie dienen wahrscheinlich nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen. Schlagzeilen in den Medien wie: Der Sozialdienst greift durch! Oder: Razzia in Asylunterkünften – Polizei findet Drogen, Handys und Falschgeld, werden wir – sofern die Exekutive nicht ein umfassendes

sicherheitspolitisches Konzept entwickelt – erneut von ähnlichen Hiobsbotschaften Kenntnis nehmen müssen. Der Kanton Aargau ist kein Eldorado für kriminelle und renitente Asylanten. Die Sicherheit der Bevölkerung hat nach Meinung der SD Aargau absolute Priorität!

Die SD Aargau fordern den Regierungsrat deshalb unmissverständlich auf, eine härtere Gangart bei kriminellen und renitenten Asylanten einzuleiten – so wie es gegenwärtig der Luzerner Regierungsrat beabsichtigt; **nämlich ein Handyverbot!** Sicher nicht unter dem Begriff Menschenrecht gehört bei Asylanten der Besitz von Handys. Mit Handys und anderen Kommunikationsmitteln lassen sich Gewalttaten, Diebstähle, Einbrüche, Drogenhandel usw. unauffällig abwickeln. **Holderbank lässt grüssen!**

René Kunz, Grossrat, Präsident SD Kanton Aargau, Reinach

**Kanton Bern****Dringliche Motion****Verlegung der Tramhaltestelle Bärenplatz von der untern Spitalgasse in die obere Marktgasse**

Im Jahr 2013 wird bekanntlich die Marktgasse neu gepflastert und die Tramgeleise bis zur Haltestelle Bärenplatz erneuert. Bei dieser Gelegenheit könnte ohne zusätzliche Beeinträchtigung des Tram- und Fussgängerverkehrs die ungünstige Verteilung der Tramhaltestellen zwischen Bahnhof und Zeitglockenturm korrigiert werden.

Ich fordere deshalb den Gemeinderat auf, die Tramhaltestelle Bärenplatz von der untern Spitalgasse in die obere Marktgasse zu verlegen.

Begründung:

Die Distanz zwischen den Haltestellen Bahnhof und Bärenplatz (am heutigen Standort) ist wohl die kürzeste des ganzen BernMobil-Streckennetzes. Sie bietet wenig Nutzen, da sie problemlos auch zu Fuss zurückgelegt werden kann. Bei den bahnhofwärts fahrenden Trams ist die Distanz auf-

grund der verschobenen Haltestellen noch kürzer. Dagegen gibt es in der Marktgasse heute keine Tramhaltestelle. Die Marktgasse ist als eine der zentralen Einkaufsgassen Berns ein stark frequentierter Zielort des Publikumsverkehrs, wohl kaum sehr nachstehend der Spitalgasse. Letztere würde auch nicht viel verlieren, da sie vom Bahnhof oder der neuen Tramhaltestelle weiterhin sehr gut erreichbar bliebe. Die zwei Streckenabschnitte zwischen Bahnhof und Zytglogge sind heute sehr einseitig unterteilt (mindestens 1/3 zu 2/3).

Begründung für die Dringlichkeit:

Da die geforderte Verlegung mit der anfangs 2013 beginnenden Marktgass-Sanierung koordiniert werden müsste, besteht Dringlichkeit.

Robert Meyer, Stadtrat, Präsident SD Stadt Bern

**Kanton Zürich****Votum von Christoph Spiess: Schluss mit Standortförderung – die Agglomeration Zürich ist schon viel zu gross!**

Standortwettbewerb fördert Verbetonierung.

Uns Schweizer Demokraten stört nicht die «Umfokussierung» der Standortförderungs-Organisation «Greater Zurich Area». Für uns geht es vielmehr um ein grundsätzliches Problem:

Zürich leidet nicht gerade unter dem Problem, ein unattraktiver Standort für Unternehmen zu sein. Die Anziehungskraft unserer Stadt samt Umfeld ist im Gegenteil so gross, dass der Siedlungsdruck auf die Landschaft ständig zunimmt. Die Zerstörung von Landschaft und natürlichen Lebensgrundlagen (namentlich des Bodens als Ernährungsbasis) hat bedenkliche Ausmasse angenommen, und es gibt leider keinerlei Anzeichen für eine Besserung. Die Verdichtung der Siedlungen vermag das kaum zu bremsen, hat aber zur Folge, dass der Dichtestress für die Menschen immer drückender wird. Die beiden Postulanten von Geschäft 11 weisen zu Recht auch auf die schädlichen Folgen der Dauerwachstumspolitik in den Bereichen Wohnungsmarkt, Bildungswesen und Überlastung der Verkehrsinfrastruktur hin. Seitens der Wirtschaft wird unablässig über einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften geklagt. Welchen Sinn hat es unter solchen Umständen, auch noch Steuergeld auszugeben, um noch mehr Unternehmungen nach Zürich zu locken? Die bereits hier ansässigen Menschen, welche arbeitslos sind, werden ja trotzdem nicht wieder ins Erwerbsleben integriert. Wieso sollten sich die neu zuziehenden Unternehmen auch darum bemühen? Das kostet, so-

weit es überhaupt gelingen kann, viel Geld. Es ist wesentlich billiger und aufgrund der Personenfreizügigkeit und des im internationalen Vergleich hohen Lohn- und Kaufkraftniveaus leider auch problemlos möglich, nach Belieben schon fertig ausgebildetes Personal von auswärts zu rekrutieren. Mit anderen Worten, wir geben Geld aus, um Arbeitsplätze zu generieren, die nur mittels andauernder Zuwanderung überhaupt besetzt werden können. Der Bevölkerungszuwachs bringt zwar mehr Steuereinnahmen, macht aber auch hohe Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur nötig. Diese zusätzliche Infrastruktur muss nachher langfristig unterhalten werden. Das Resultat ist auch in finanzpolitischer Hinsicht ein klassisches Eigengoal. Standortförderung ist in Randregionen sinnvoll, die unter Arbeitsplatzmangel und Entvölkerung leiden, aber sicher nicht für eine wirtschaftlich völlig überhitzte Agglomeration. Wir Schweizer Demokraten bitten Sie einmal mehr, diesem Spuk ein Ende zu setzen und die stadträtlliche Subventionsvorlage für «Greater Zurich Area» abzulehnen.

In der Ratsdebatte gab es grossen Widerstand gegen die Vorlage, wobei allerdings ein grosser Teil der Nein-Stimmen von Kräften wie der SVP stammte, die nur kritisieren, «Greater Zurich Area» fördere das Dauerwachstum noch zu wenig... Schliesslich wurde der Subvention für GZA mit 65 gegen 54 Stimmen zugestimmt.

Man holte Arbeitskräfte und es kamen Probleme!


Kanton Zürich

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: Kein Experimentieren mit neuen Formen von Fussgängerstreifen

Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums.

Das Postulat von Marcel Schönbächler und Karin Weyermann (CVP) ist gut gemeint, aber abzulehnen: Die Zahl der Verkehrstoten hat stark abgenommen. Natürlich ist jeder schwere Unfall einer zuviel, aber absolute Sicherheit gibt es leider nie. Verbesserungen sind immer gut, doch was vorliegend gefordert wird, schadet der Sicherheit im Strassenverkehr eher als diese zu erhöhen. Fussgängerstreifen sehen überall im In- und Ausland so aus, wie wir sie heute alle kennen. Versuche mit anderen Signalisationsformen würden die

Autofahrer verwirren und die Unfallgefahr vergrössern. Die Stadt hat schon in der Vergangenheit ungeschickt mit neuen Signalen und Markierungen herumexperimentiert, die es offiziell gar nicht gibt. An der Schaufelbergerstrasse in Wiedikon etwa hat es zwei Strassenverengungen, bei denen in gräulicher Farbe eine Art Strassenübergang markiert ist, der aber in Wirklichkeit gar keiner ist. Experimente mit Signalen und Markierungen schaffen Probleme in der Rechtsanwendung. Lassen wir also die Finger davon. Das Ziel der Postulanten ist durchaus richtig und wichtig, aber so nicht zu erreichen.

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: Stromsparen nützt nichts, solange die Bevölkerung ständig wächst!

Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums.

Von all den Atomausstiegs- und Stromsparmotionen der Linksparteien ist die vorliegende Motion, mit der eine laufende Reduktion des Gesamtstromverbrauchs um jährlich ein Prozent verlangt wird, weitaus der beste Vorstoss. Darin kommt nämlich die Einsicht an den Tag, dass jeder Energieumsatz unsere Mitwelt belastet. Wir Schweizer Demokraten verstehen allerdings nicht, weshalb die Grünen und die Sozialdemokraten so etwas fordern können, zugleich aber in Hurraschreie ausbrechen,

wenn die Bevölkerung jedes Jahr um ein Prozent oder mehr wächst. Mehr Menschen brauchen zwangsläufig auch mehr Strom. Alles was wir mühsam einsparen, wird von der Masseneinwanderung überkompensiert. Die ökologisch positive Wirkung wird sozusagen «weggefressen» – und damit auch die Motivation der Bürgerinnen und Bürger zum Energiesparen. Meine Damen und Herren von SP, GP und GLP, wir unterstützen Eure energiepolitische Linie, aber Ihr solltet endlich nicht nur eine 2000-Watt-Gesellschaft fordern, sondern auch eine 5-Millionen-Schweiz!

Standaktion in Wädenswil

Am wunderschönen Samstagmorgen, den 19. Mai 2012, versammelten wir uns zu einer Standaktion in der Stadt Wädenswil am tiefblauen Zürichsee.

Uns wurde freundlicherweise von der Stadt Wädenswil ein Stand inmitten des Wochenmarktes kostenlos zur Verfügung gestellt. An diesem besagten Morgen hatten wir die Gelegenheit, diverse Gespräche mit der Wädenswiler Bevölkerung zu führen. Grundlegend war diese sehr erfreut, dass die Schweizer Demokraten (SD) endlich wieder aktiv werden und wieder von sich hören lassen. Wir verteilten «Gipfeli» und unsere Monatszeitung. Zirka 500 Stück des «Schweizer Demokraten» fanden regen Anklang bei der Bevölkerung. Es handelte sich hierbei also um eine sehr erfolgreiche Aktion.



Andreas Stahel, Präsident SD Kanton Zürich, Wädenswil

Ja zur Initiative «Staatsverträge vors Volk»

2010 hat die Schweiz 384 internationale Verträge abgeschlossen. Viele dieser Verträge sind unnötig, kontraproduktiv und/oder unter Druck zustande gekommen. Andere werden von den Vertragspartnern nach Belieben gebrochen oder «nachverhandelt». Zudem werden internationale Verträge mitunter zur Aushebelung des Volkswillens benutzt. Zwei Beispiele können genannt werden:

Der vom Bundesrat nach wie vor angestrebte für die Schweiz äusserst nachteilige EU-Beitritt hätte an einer Volksabstimmung keine Chance.

Aber Moritz Leuenberger sagte während seiner Zeit als Bundesrat ganz offen, dass die Schweiz nun einen Vertrag nach dem anderen mit der EU abschliessen würde, und zwar bis die Mitgliedschaft Tatsache sei. Von dieser unsäglich-lichen Doktrin haben sich Bundesrat und -verwaltung nie distanziiert. Bundesrätin Widmer-Schlumpf verdankt ihre Wahl den Linken.

Um Bundesrätin zu bleiben, muss sie deren Forderungen berücksichtigen. Dazu gehört die Abschaffung des Bankgeheimnisses. Dieser Absicht würde das Stimmvolk aber niemals zustimmen.

Internationale Verträge – im Fall USA sogar das Notrecht – sollen es trotzdem möglich machen: Widmer-Schlumpf führt das «Werk» ihres überforderten Vorgängers Hans-Rudolf Merz zu Ende und gibt das Bankgeheimnis dem Ausland gegenüber de facto preis. Wenn gegenüber ausländischen Steuerbehörden das Bankgeheimnis aufgehoben wird, dann soll dies auch für unsere Steuerbehörden gelten, wird dann ihre Argumentation lauten. Und schon wäre das Bankgeheimnis auch im Inland Geschichte und wir hätten so ganz ohne Volksabstimmung den gläsernen Bürger! Um die direkte Demokratie zu stärken und unbedachte für uns schlechte Verträge zu vermeiden, sollten wir dieser Initiative zustimmen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

«Schweizer Demokrat» – eine kämpferische Zeitung

Haben Sie nicht auch häufig den Eindruck, dass Zeitungen, Radio und Fernsehen immer einförmiger und mit politisch linksgerichteter Tendenz berichten? Dass der Druck, von politisch korrekten Schreiberlingen vorgestanzte Kommentare wiederzugeben, immer grösser wird? Dass die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Journalisten und Redaktionen immer weiter zunimmt?

In den letzten Jahren hat sich die Konzentration der Zeitungsverlage immer stärker beschleunigt. Hinzu kommt ein enger werdender Anzeigenmarkt, der diesen Prozess noch verstärkt. Redaktionen fusionieren ohne Rücksicht auf die kulturelle und politische Identität ih-

rer Zeitung, während traditionsreiche Titel über Nacht vom Markt verschwinden. Die Monatszeitung «Schweizer Demokrat» schwimmt hier gegen den Trend des konformistischen Journalismus unserer Zeit. Wir sind eine der letzten überregionalen verlagsunabhängigen Zeitungen der Schweiz. Für unsere unbequeme, kritische Berichterstattung wird der «Schweizer Demokrat» gelegentlich sogar scharf angegriffen. Das nehmen wir im Interesse unserer Leser und unseres Verständnisses von unabhängigem Journalismus in Kauf. Ich wünsche dem «Schweizer Demokrat» eine gute, sichere und gesunde Zukunft.

Eric Weber, e. Grossrat, Basel

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Wussten Sie...

...dass man sich in Grossbritannien auf Staatskosten beerdigen lassen kann? Man muss sich bloss für eine Organspende bereit erklären.

Damit sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden:

- verarmte Menschen brauchen sich nicht mehr Sorgen um eine würdige Bestattung zu machen;
- der Mangel an Spenderorganen soll damit behoben werden!

...dass das überschuldete Griechenland eigentlich sehr reich ist?

– Die Ägäis ist reich an Erdöl und Erdgas! Nach unabhängigen Experten sollen mehrere Milliarden Barrel Öl ohne allzu grosse Schwierigkeiten erschlossen werden können. An der Suche nach Öl und Erdgas ist vor allem der amerikanische Konzern «Noble Energy» beteiligt. Es scheint das Motto zu gelten: «Die Europäer sanieren – die Amerikaner kassieren.»

Richtig verdienen würden jedenfalls die privaten Energieriesen!

...dass das Bankhaus «Goldman Sachs» an den Schalthebeln der Macht in Europa sitzt. Nach inoffiziellen Angaben soll «Goldman Sachs» Kreditversicherungsderivate mit einem Risikovolumen von mehr als 2 Billionen Dollar halten. Das ist eine 2 mit 12 Nullen hintendran! Deshalb ist es für dieses Bankenimperium so wichtig, dass überall dort ihre Vertrauensleute sitzen, wo bestimmt werden kann, wer beim Eintreten des Risikofalles die Kosten zu tragen hat: Die Staaten, das heisst die Steuerzahler oder die Bankenwelt respektive die Hochfinanz.

– **Mario Draghi**, der neue Chef der EZB war von 2002 bis 2005 Vizepräsident bei «Goldman Sachs» in London.

– **Mario Monti**, der neue Ministerpräsident Italiens war internationaler Berater von «Goldman Sachs.»

– **Peter Sutherland**, der EU-Wettbewerbskommissar war Präsident von «Goldman Sachs international» und ist Aufsichtsrat des Konzerns.

– **Lucas Papademos**, der neue griechische Ministerpräsident ist Mitglied der trilateralen Kommission und war als solches beim Eintritt Griechenlands in die EU mit den Vertuschungsgeschäften verhängt.

– **Petros Christodoulos**, der Verwalter der griechischen Staatsschulden ist ein ehemaliger Börsenmakler von «Goldman Sachs» usw. usf.

In der Finanzwelt wird «Goldman Sachs» als **Vampir-Tintenfisch** bezeichnet, der mit seinen Tentakeln nach der Macht greift und alles (und uns alle) aussaugt.

Bei «Goldman Sachs» scheint die Devise zu gelten: «Occupy governments!»

...dass sich das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen der Anstiftung zum Diebstahl und der Hehlerei schuldig gemacht hat!

Es ist bekannt, dass Armut ein guter Nährboden für kriminelle Vergehen ist. Das ist auch der Hintergrund für das Abgleiten eines ganzen Bundeslandes in die Kriminalität. – Immer mehr Sporthallen, Theater und Museen werden



Überbauung in Siegburg – Gemeinde mit der höchsten Verschuldung in Nordrhein-Westfalen.

in Deutschland geschlossen. Schwimmbäder verrotten und bei Bussen und Bahnen wird im öffentlichen Nahverkehr drastisch gespart. **In NWF ist die Finanznot der Kommunen am grössten; 138 von 396 haben bereits einen Nothaushalt und die Schulden werden immer grösser.** Da die Bundesregierung nach wie vor grosszügig Milliarden von Euro zur Stopfung der Löcher der verschuldeten EU-Staaten auswirft, ist dies nicht weiter verwunderlich.

Deshalb ist es verständlich – aber nicht zu entschuldigen – dass die deutschen Steuerbehörden zum Mittel der Besteuerung greifen, um an Steuerdaten ihrer «teuren» Mitbürger heranzukommen, auch wenn diese im benachbarten «Freundesland» vermeintlich in Sicherheit sind.

Zwei Straftäter haben die CS über Jahre auf Bestellung bestohlen und die Daten gegen eine Entschädigung von 2,5 Mio. Euro an die deutschen Steuerbehörden geliefert.

Rund 1000 deutsche Kunden der CS wurden so in Schwierigkeiten gebracht. – Die Credit Suisse verlor ein weiteres Stück ihrer Glaubwürdigkeit, obwohl sie aussergerichtlich 150 Mio. Euro sozusagen als Schweigegeld an NWF bezahlte.

Sollen wir uns darüber empören? – Frankreich, die USA und die deutsche Bundesregierung sind mit dem schlechten Beispiel vorangegangen und unser Bundesrat hat noch immer Hemmungen, «der Katze Büsi» zu sagen.

Was braucht es wohl noch, bis wir unsere Rechte und unsere Würde energisch zu verteidigen beginnen?

Tino Giacomo

Saas-Fee – Bitte keine Zubetonierung und Anbiederung an die EU

Auf dem Weg nach Saas-Fee lassen steile Berghänge und tiefe Schluchten die Naturkräfte erahnen, welche hier wirken konnten. Das autofreie Dorf Saas-Fee hat seinen urchigen Charakter trotz moderner Infrastruktur bewahren können. Mit ihren alten Walliser Holzhäusern und Stadeln haben auch die umliegenden Dörfer ihren urchigen Charakter behalten. **Leider sieht man auch in Saas-Fee viele Häuser, die vollkommen leer sind. Es ist das Problem der Ferienwohnungen, die pro Jahr während dreier Wochen benutzt werden und sonst leer rumstehen und die Natur verschandeln.**

Das ist schlimm. Die Natur schreit um Hilfe.

Saas-Fee, auch die Perle der Alpen genannt, ist ein verträumtes Bergdorf. 1984 wurde dort der weltberühmte Weihnachtssong «Last Christmas» aufgenommen. **Damals war das entsprechende Chalet noch frei stehend. Heute ist es von sechs anderen Häusern umringt. Hässlich!**

Es waren die Bahnen und Skilifte, die ab 1950 zu einem grossen Aufschwung führten und das kleine Gletscherdorf zum viel besuchten Kurort werden liess. 1850 kamen jene kühnen Männer, meistens Engländer und Schweizer Berg-

führer, die die Viertausender erstmals bezwangen. Dann folgten auf dem Fuss die Hotelpioniere und auch die Bahnbauer, die dem Sommerferienland immer grössere Besucherscharen zuführten. Schliesslich kamen die Förderer des Wintertourismus. Am Ende wurde die ganze Landschaft mit Ferienhäusern verbaut und **die Einheimischen biedern sich Europa an, indem beim Ortseingang Abstimmungsresultate aufgehängt werden, die positiv für die EU waren.** Es gibt immer mehr kritische Zeitgeister, die diese Entwicklung an-

prangern und für äusserst gefährlich halten. Die Zukunft ist offen. Es sei Saas-Fee und seiner Umgebung gewünscht, dass es seine Eigenheit nicht verliert, dass nicht alle Bergtäler zubetoniert werden und dass man sich einer EU nicht anbietet, der man gar nicht angehört. Die Mehrheit der Schweizer will die Neutralität und den Schweizer Franken nicht aufgeben. So wird die Schweiz auch während der nächsten 50 Jahre nicht der EU angehören. Und das ist gut so.

Eric Weber, e. Grossrat, Basel

Keine weitere Ausschüttung von Bauland!

Bundesrätin empfängt «Sans-Papiers»

Die 13 scheint wirklich eine Unglückszahl zu sein und zwar genau genommen der 13. März 2012. An diesem Tag empfing unsere Justizministerin «Sans-Papiers». Man stelle sich das vor, unserem Bundesrat sind die Anliegen der Illegalen wichtiger als die Kummer und Sorgen der Schweizer! Man fühlt sich in die früheren 1990er-Jahre zurückversetzt, wo die Bundesräte Koller und Metzler lieber Aufnahmезentren von Asylbewerbern besuchten, als sich um die Sorgen der Schweizer Bevölkerung zu kümmern! Was würde mit uns passieren, wenn wir im Ausland als illegale einfach einen Minister besuchen würden? Wenn man uns in das nächste Flugzeug setzen würde, wäre es vermutlich noch sehr gut gegangen!

Es ist auch kein Geheimnis, welche Linken und Netten Helfershelfer es diesen «Sans-Papiers» ermöglicht hatten, diesen Besuch abzustatten! Solche Organisationen, die immer behaupten, den Arbeiter zu vertreten, aber eigentlich nur beim Arbeiter kassieren, nachher ist der Arbeiter denen egal! Es gibt gewisse Organisationen, die nützen die Schwäche der Justizministerin grenzenlos aus und wollen mit Hilfe dieser Bundesrätin das Ausländergesetz aufweichen! **Auch hat es**

sich schon weltweit herumgesprochen, dass es wieder einfacher ist, in diesem Land auf Kosten anderer ein gemütliches Leben zu führen. Die neusten Zahlen der «Asyltouristen» sprechen eine deutliche Zahl! Diese Ministerin lässt die Zügel schleifen. Aber man kann nichts anderes erwarten, wenn die Hände mehr auf den Tasten eines Flügels herumgleiten!

Statt endlich Taten folgen zu lassen und die Asylanträge zügiger zu bearbeiten, werden lieber noch mehr Unterkünfte für Asylanten gesucht. So werden noch mehr «Asyltouristen» angelockt!

Auch arbeitet man lieber aus «humanitären» Gründen über Jahre an den Anträgen. Man hat Angst vor Kritiken von Organisationen wie UNO, OSZE usw. Man produziert noch mehr Langzeitaufenthalter und «Sans-Papiers». Die Suche nach Unterkünften wurde an den VBS-Chef weiterdelegiert. Dieser kann aber die gewünschten Erstklasshotels nicht anbieten, nur ehemalige Festungen und Militärbaracken auf dem Gotthard. Dies wollen aber weder die «Asyltouristen» noch die Clique, die sich mit den Migranten beschäftigt. Nicht menschenwür-



Illegale fordern mit Hilfe der rot-grünen Parteien ihre angeblichen Rechte ein.

dig sei es! Klar, kein Studentakt von Bus und Bahn, kein Handyempfang, keine Frauen zum Anquatschen, kein Handel, keine Restaurants und Läden, wo unsere Gelder ausgegeben werden können (warum brauchen die Taschengeld?) sondern nur Massenlager. **Aber der Schweizer Soldat lebte dort auch wochenlang! Bei den «Asyltouristen» würde sich schnell die Spreu vom Weizen trennen, wenn diese in einer alten Gotthardfestung übernachten müssten! Ein echter Asylant wäre um jede Unterkunft froh!** Übrigens: Wurden Sie schon von

einem Bundesrat besucht oder konnten Sie schon einmal zu einem Bundesrat vortreten, um den täglichen Kummer und die Sorgen vorzutragen? Konnten Sie im Ausland einen Minister besuchen, um sich über sein Land zu beklagen? Ich denke, wohl kaum! Auch das nachträgliche Pressestatement war unter jedem Hund! Es tönte aus dem Mund von Bundesrätin Sommaruga ähnlich wie: «Ich würde diese am liebsten sofort legalisieren, leider ist es momentan nicht möglich, solches dem Volk schmackhaft zu machen!»

Fridolin Bühler, Weesen

Österreich braucht energieproduzierende Industrie und sinkende Bevölkerung

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) haben die Lehman-Bank in den Konkurs entlassen und haben so WELTWEIT etwa 500 Milliarden Dollar abkassiert. Um einen Wirtschaftszusammenbruch zu vermeiden, haben viele Staaten der Welt die Staatsschulden erhöht, um eigene Banken zu retten. Bei der für Deutschland wichtigen Autoindustrie wurde die Kurzarbeit eingeführt. Der Kauf neuer Autos und die Verschrottung der alten Autos wurde in Deutschland vom Staat gefördert. Die Autoindustrie produziert energieverbraucher und ist eine energieverbrauchende Industrie. Dänemark fördert schon seit Jahr-

zehnten die energieeinsparenden und energieproduzierenden Industrien. Die Wärmedämmung der Gebäude und der Einbau besserer Fenster verringert den Energieverbrauch für die Raumheizung. Warmwasser-Sonnenanlagen (WW-SA) liefern einfach, bequem und billig die Wärme für die Warmwasserbereitung und die Raumheizung. Dänemark hat Windkraftwerke gebaut und eine neue Industrie geschaffen, die Windkraftwerke baut. Wie das Vorbild Dänemark zeigt, schaffen die energieproduzierenden Industrien viele sinnvolle Arbeitsplätze und verringern die Abhängigkeit von importierter Energie.

Es fehlt die Industrie, die Biogasanlagen mit Blockheizkraftwerken (BHKW) baut. BHKW können den elektrischen Strom dann liefern, wenn die Windkraftwerke und Sonnenstromanlagen wenig oder keinen elektrischen Strom liefern. Abfälle für die Biogasanlagen gibt es auf der ganzen Welt. Biogasanlagen mit BHKW sind auch ein Produkt für den Export. In Österreich wird im Haushalt (im österreichischen Durchschnitt) 90 Prozent der Energie für die Raumheizung und die Warmwasserbereitung verbraucht (ohne Berücksichtigung des Energieverbrauches für die Autos).

Mario Montanaro, Wien (Ö)

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokrat@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

Die Aktivierung der Ventilklausel ist gut – die Kündigung der Personenfreizügigkeit ist besser!

**Regst Du Dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst Du etwas dagegen tun!
SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau.
Jetzt Unterschriften sammeln!**



Pathétique mascarade – électorale française

Une semaine de plus et Nicolas Sarkozy remportait l'élection présidentielle. Versatiles électeurs français! En effet, l'élection de François Hollande constitue davantage un rejet de la personne de N. Sarkozy, qu'une adhésion enthousiaste aux propositions du candidat socialiste.

Démagogique, comme toujours, dans ce type de situation (...) Seulement, cette fois, dans un contexte où ce (nouveau) serpent de mer que l'on appelle la croissance est singulièrement absent, en France comme en Europe d'ailleurs. Comment le nouveau président compte-t-il appliquer son programme dans ces conditions défavorables? Une vingtaine de solides économistes français, non affiliés à des organisations politiques, lui prédisent un virage à 180 degrés très rapidement sans quoi ce sera la faillite financière (1800 milliards d'euros de dettes!) pour ce pays. Les socialistes, arqueboutés sur l'arsenal de leurs idées fautes, une manie!, précipitent les Etats dont ils ont la charge dans les abysses de la débâcle, de la misère et du chômage (...) Exemples: l'Espagne du

socialiste Zapatero: 25% de chômeurs dans un système financier totalement explosé! Le Portugal où les socialistes, encore!, ont plongé le pays dans la faillite! Quand à la Grèce de Papandreou (socialiste toujours!) nous savons ce qu'il en est!(...) Ce Parti vient d'ailleurs d'être laminé aux élections législatives du 6 mai dernier, passant de 44% à 13,5%!, les extrêmes entrant au parlement avec une forte représentation. Devenu ingouvernable (majorité introuvable), il est probable que cet état quitte la zone euro et entraîne d'autres pays avec lui (...) Et la France? La France suivra la même voie si elle applique les mesures préconisées par le Parti socialiste et, si elle ne l'applique pas, sera confrontée à des problèmes sociaux quasi insurmontables et particulièrement impopulaires. L'état de grâce de Monsieur Hollande pourrait être de courte durée! Les élections législatives des 10 et 17 juin prochains seront d'ailleurs très révélatrices à cet égard. Le Front National – 18% à l'élection présidentielle du 22 mai dernier et 6,5 millions d'électeurs! – fera-t-il son retour à l'Assemblée nationale?



L'UMP s'effondrera-t-elle? Et le Front de gauche que préside un histrion rabique associé au Parti communiste moribond le plus stalinien que le monde occidental ait connu va-t-il, lui aussi, contribuer à précipiter la France dans le chaos? C'est probable. Un des deux Partis trotskystes (1,7% ensemble), Lutte Ouvrière, décidant prudemment, afin de sauver les meubles, de prôner le vote blanc. Et, pour terminer, une image très symptomatique: lors du rassemblement imposant (200'000 personnes) de la Bastille, le soir de l'élection de F.

Hollande, on ne comptait plus les drapeaux maghrébins, sud-américains ou autres, agités par des populations de toutes origines! (Le nouveau président ayant décidé d'octroyer le droit de vote municipal à tous les immigrés, y compris hors UE, dès 2013!) Est-ce là la préfiguration de ce qui attend prochainement la Suisse, au regard de l'immigration actuelle et des naturalisations démentielles qui la caractérisent aujourd'hui? A méditer. Vite, très vite!

*Pierre-Maurice Vernay,
président DS/VD*

2000 francs accordés à un voleur de voitures

Arrêtons de prendre les voyous pour des victimes!

Nous sommes scandalisés par la décision du Tribunal fédéral, dans l'affaire de la voiture volée et interceptée sur l'autoroute A1. Cela revient à considérer les policiers pour des criminels et les voyous pour des victimes.

Nous tenons à affirmer notre soutien au policier, qui a courageusement fait son travail et qui est injustement mis en cause, tout en pensant à sa famille, qui souffre de cette situation. Il n'est pas tolérable qu'une personne ayant fait son devoir et s'engageant contre l'insécurité soit traitée de la sorte. Cela illustre parfaitement le laxisme qui règne en Suisse et attire les criminels du monde entier. Un petit rappel des faits. Le 17 avril 2010, des voyous venus de France qui roulent à grande vitesse au volant d'une voiture volée et de manière dangereuse, sont repérés sur l'autoroute A1. Un policier, courageusement, cherche à intercepter ces délinquants et sort son arme. Un membre du groupe, qui avait pris

et fait prendre des risques, décédera. Nous apprenons que le Tribunal fédéral a annulé la décision de la justice fribourgeoise qui avait classé la procédure visant le policier courageux. C'est une honte. Au lieu d'être félicité pour son action responsable contre des délinquants, ce policier est gravement mis en cause.

Pire, on va donner 2000 francs d'indemnité au conducteur de la voiture volée et la même somme au frère jumeau du passager décédé. C'est une prime à la délinquance qui va, sans nul doute, inciter les criminels à venir dans notre pays.

C'est la politique menée par la majorité de droite (PLR) alliée à la gauche (PS), qui favorise le crime en Suisse. Nous devons nous opposer à cette grave dérive, en faisant barrage aux partisans du laxisme et en affichant une vraie politique ruptive.

*Eric Stauffer,
candidat au Conseil d'Etat, Onex*

Réponse du Conseil d'Etat à une résolution du MCG

Défendre les riverains contre le bruit

Les habitants du Lignon et de Vernier souffrent du bruit. Le Conseil d'Etat renvoie la patate chaude à la Confédération.

Nous sommes intervenus en déposant une résolution au Grand Conseil, pour que le Gouvernement intervienne. En effet, des protections contre le bruit de l'autoroute de contournement, sur le pont de Vernier, permettraient de réduire le bruit pour des habitants du Lignon et de Vernier.

Suite à sa dernière réunion hebdomadaire, mercredi dernier, le Conseil d'Etat déclare qu'il a examiné la résolution déposée par le MCG. Ce qui est un bon point et une première victoire pour les habitants. En revanche, nous souhaitons que le Gouvernement s'engage davantage pour les riverains auprès de la Confédération, qui gère les autoroutes. Il nous est indiqué qu'un projet d'assainissement, concernant les nuisances so-

nore, est prévu entre la frontière vaudoise et le tunnel de Vernier. Nous en déduisons que cela concerne également le pont reliant Vernier à Aigues-Vertes. C'est ce tronçon qui pose un réel problème.

Ce secteur sera mis à l'enquête en 2012 et, selon le Conseil d'Etat, «la réalisation des mesures devrait ensuite intervenir en 2014, conformément au délai légal fixé par l'Ordonnance fédérale sur la protection contre le bruit, à savoir mars 2015 pour les routes nationales».

Nous souhaitons donc que des mesures judiciaires soient prises, afin de répondre aux demandes légitimes des riverains de Vernier.

Voici la résolution déposée par le groupe MCG :

<http://www.ge.ch/grandconseil/data/te/te/R00560.pdf>

*Thierry Cerutti,
député du MCG, Vernier*

Bardonnex

Coup bas de la gauche contre la démocratie

L'Alternative de gauche a réussi, par une astuce, à saboter les prestations de serment.

C'est un des éléments les plus sacrés de notre démocratie suisse: les élus à une fonction tendent la main, en disant «je le jure» ou «je le promets», au moment de la prestation de serment. Ainsi, l'élu prend un engagement solennel.

Dans son nouveau règlement, qui vient d'être révisé, le Conseil municipal de Bardonnex indique que «chaque conseiller, à l'appel de son nom, peut lever la main droite». Il ne sera plus nécessaire de prendre un engagement formel par ce geste, qui sera facultatif, ouvrant ainsi la porte au grand «n'importe quoi». C'est un amendement de l'Alternative de gauche de Bardonnex, qui a imposé cette modification inacceptable.

Ainsi, la prestation de serment va perdre, à Bardonnex, tout son sens, devenant une simple formalité facultative, ce que le MCG dénonce avec la plus grande vigueur.

En Ville de Genève, un conseiller

municipal socialiste a déjà dérapé en levant son poing; une conseillère fédérale du même Parti a, elle aussi, failli à son devoir en ne respectant pas le serment et en refusant de lever sa main droite.

Alors que la révision du règlement du Conseil municipal de Bardonnex s'est déroulée dans un esprit constructif, nous nous trouvons, en raison de cette innovation malheureuse, face à une grave dérive de la gauche. Avec un serment qui devient une possibilité et n'engage plus l'élu, nous avons dépassé les bornes de ce qui est supportable.

Bardonnex se retrouve ainsi, sans doute, la seule commune de Suisse à bafouer 721 ans de tradition.

Par respect envers nos électeurs, le MCG s'oppose à ce serment «facultatif» indigne de nos traditions. Nous sommes prêts à lancer un référendum, si aucune autre solution n'est possible.

Olivier Sauty,
conseiller municipal et député
Guillaume Sauty,
conseiller municipal et député

Route fermée à Vernier

Les habitants ne sont pas entendus par le Gouvernement

Le Gouvernement genevois n'a pas compris les problèmes vécus par les habitants de Vernier, en s'opposant à tout accès direct. Cette mesure rend la vie impossible aux résidents de notre commune.

Seul le MCG défend les habitants de la commune et de Vernier-Village. En lieu et place d'ouvrir une concertation avec les riverains, directement impliqués et touchés par les mesures prises par les Verts et les socialistes, le Conseil d'Etat trouve satisfaisante la fermeture de l'accès, à l'entrée et la sortie de la route de Vernier sur la route du Nant-d'Avril.

Les riverains sont obligés depuis décembre 2010 d'effectuer des manœuvres dignes de la conquête de l'Ouest afin de sortir ou entrer chez eux. Nonobstant des sérieux désagréments que cela implique pour tous ces résidents, le Conseil d'Etat, dans son dernier point de presse, ne tient pas compte des habitants, prétendant qu'il a répondu aux souhaits des Verniolans. Ceux-ci réclament la fin de cette mesure de circulation absurde, mise en

place par des extrémistes furieux de l'idéologie écologiste.

Le Conseil d'Etat oublie simplement que les 345 pétitionnaires ainsi qu'une large Partie de la population de Vernier-Village demandent simplement le contraire, soit de pouvoir accéder sur la route de Vernier directement par la route du Nant-d'Avril et de pouvoir accéder à la route du Nant-d'Avril directement depuis la route de Vernier.

Le Conseil d'Etat ne répond absolument pas aux revendications rédigées dans la P 1771 tout comme les trois conseillers administratifs actuels qui nous ont conduits dans cette impasse.

La population de Vernier-Village a droit à des réponses, a droit à la vérité, a droit à pouvoir entrer et sortir de son domicile sans devoir emprunter le sentier du purgatoire!

Le MCG veille et veillera à ce que ces habitantes et habitants puissent enfin être entendus et écoutés.

Thierry Cerutti, conseiller municipal, député et ancien maire

Référendum contre la fermeture de 50 rues

Succès en Ville de Genève

Le MCG se réjouit de l'aboutissement du référendum municipal contre la fermeture de 50 rues, en Ville de Genève; ce qui a été annoncé mercredi 2 mai par le Conseil d'Etat.

Avec le GTE (Groupement transport et économie), les habitants, les commerçants, le PLR et l'UDC, nous avons obtenu ce succès.

En signant massivement ce référendum, les habitants de la Ville ont exprimé qu'ils s'opposent à un projet

hors de prix (5 millions), réalisé sans réelle concertation.

C'est une importante rupture avec la catastrophique politique menée actuellement.

Le peuple aura ainsi le dernier mot, ce qui a toujours été refusé en Ville de Genève.

Carlos Medeiros, président de la section MCG Ville de Genève
Pascal Spuhler, chef du groupe MCG au Conseil municipal de la Ville

Lancement officiel de la campagne pour le Conseil d'Etat d'Eric Stauffer

10 points pour rétablir la sécurité à Genève

«Je déclare la guerre aux criminels»

La campagne officielle pour l'élection au Conseil d'Etat du 17 juin vient d'être lancée. Notre journal de campagne «Le Citoyen» va sortir de presse dans deux jours. Vous en trouverez la primeur en pièce jointe (format PDF) ainsi qu'une des affiches qui sera placardée à travers le canton.

Vous pourrez ainsi lire mon programme en 10 points pour rétablir la sécurité à Genève.

Face à la dégradation de Genève, face à la politique irresponsable du Gouvernement, je propose une série de mesures fortes que j'appliquerai rapidement si je suis élu.

Mon programme comprend notamment une proposition fondamentale:

– Installer en zone aéroportuaire 200 à 300 containers-cellules modulables. Incarcérer les 450 criminels environ, qui commettent plus de 60% des délits crapuleux dans le canton, en détention administrative pendant 18 mois pour insoumission (conformément aux lois fédérales).

Je vais mettre tout mon énergie pour que les habitants de Genève puissent retrouver des conditions acceptables. Aujourd'hui, l'insécurité est le défi fondamental auquel Genève se retrouve confronté. L'effort de ma campagne et de mon action portera sur ce problème. Sans solution à ce fléau, rien ne se fera.

Eric Stauffer,
candidat au Conseil d'Etat, Onex

Abri PC sous la salle des Fêtes: les problèmes commencent

Familles agressées par des requérants d'asile à Carouge

Des enfants sont exclus d'un espace de jeux par des individus alcoolisés. Le MCG dénonce cette situation depuis plusieurs mois.

Le MCG avait dénoncé l'installation de 40 hommes, requérants d'asile déboutés (NEM), sous la salle des Fêtes de Carouge dans un abri PC. Cet endroit, situé au centre de Carouge, n'est pas du tout adapté.

Nous apprenons que, mardi 20 mars, une mère de famille jouait dans le parc pour enfants, situé juste à côté de la salle des Fêtes, lorsqu'un groupe de dix requérants d'asile bières à la main s'est approché. L'un d'eux a commencé à vouloir manipuler le tourniquet où se trouvait sa petite fille. Effrayée, sa maman s'est interposée et c'est avec insistance qu'elle a dû demander à cet homme, visiblement alcoolisé, de bien vouloir partir et laisser sa fille en paix. Un père de famille, craignant que la situation ne dégénère, est intervenu pour leur prêter secours. Ensuite, les autres

parents et leurs enfants ont été contraints de quitter cet espace qui leur est pourtant réservé.

Le MCG a également reçu d'autres plaintes d'habitants du quartier, par exemple de femmes qui craignent de se rendre au parking souterrain du théâtre. Il semble également qu'on assiste dans ce lieu à une importante consommation de stupéfiants.

Nous avons averti que cet abri PC, converti en centre de requérants d'asile déboutés, était une solution dangereuse. En peu de temps, nos remarques sont confirmées.

Le MCG interviendra au Conseil municipal de Carouge ce jeudi 22 mars, pour demander la fermeture de ce centre. Nous proposons également son déplacement dans l'abri PC sous le Ministère public, où la sécurité est pleinement assurée et qui n'est pas occupé à notre connaissance.

Sandro Pistis, président de la section Carouge du MCG
Eric Stauffer, président du MCG

Leserbriefe

**Der «Grundstück-Einsammler»
geht um**

Im «Tagesanzeiger» vom 13. April wird Hans Hänssler, «ArealEntwickler» aus Glattbrugg, in einem ausführlichen Artikel von Bodo Lamparsky so bezeichnet. Unter einem stolzen Porträt stellt Hänssler Bemühungen um einen Abruch und Neubau des Ortszentrums von Effetikon im weiteren Umfeld des Bahnhofs dar. «Massiv dichter bauen» ist seine Parole. Von der Menschenfreundlichkeit seines Vorhabens «Mittim-Effetikon» ist er überzeugt. So sehr, dass er schon 3,5 Millionen Franken eigenes Geld in den Coup investiert hat. Volle Unterstützung genießt er dabei vom Stadtrat Illnau-Effetikon. Dies besonders durch eine ihm zugesicherte Subvention in der Gröszenordnung von mehreren 10 Millionen Franken, nicht in bar aus der Stadtkasse, sondern durch Gewährung der Baumasse-Ziffer auf das Doppelte, von bisherigen 4 auf unübliche 8. Das ist ein gefährliches Geschenk von Bauland. Damit will er ein grosses Areal mit klotzigen Grossbauten überstellen, darunter drei etwa 50 Meter hohen Turmbauten. Diese «schöne neue Welt» stellt er als Wohltat für die Stadt dar. In dieser Behauptung hatte er jahrelang die volle Unterstützung des damaligen Stadtpräsidenten Martin Graf (jetzt Regierungsrat) genossen, der

das Projekt als «umweltfreundlich» propagierte. Das jüngst dem Gemeindeparlament vorgelegte Postulat Thajmarin und Stiefel (FDP) weist in dieselbe Richtung. «Verdichtetes Bauen» ist aber in der Regel für die Natur schädlich. Es wird Wohnraum für mehr Menschen angestrebt; das bedeutet mehr Umweltbelastung. Wohnen in Hochhäusern zum Beispiel ist teuer und verschwendet mehr Energie (Liftmotoren sind Energiefresser). Wer sich eine solche Wohnlage leisten kann, besitzt höchst wahrscheinlich noch ein Auto, um mit ihm eine Zweitwohnung «im Grünen» zu erreichen. Das ist verständlich, denn die Leute werden wohl kaum den Feierabend auf dem Balkon im Verkehrslärm und Staub verbringen wollen.

«Verdichtet» leben kann höchstens erstrebenswert sein, wenn die Einwohnerzahl des Ortes nicht wächst. Die geltende Bau- und Zonenordnung gestattet schon genug bauliche Weiterentwicklung. Eine darüber hinausgehende Subventionierung des Baubooms aus Gemeindegeldern ist unnötig und schädlich. Also lassen wir uns nicht, wie der Stadtrat, vom verführerischen Rattenfänger zu unbedachten Fehlschlüssen verleiten!

Peter Peisl, Effetikon

Sommarugas Respektlosigkeit

Bundesrätin Sommaruga will verständlicherweise «die Schuldigen nicht benennen», welche massgeblich zum heutigen Chaos im Asylwesen beigetragen haben. Schliesslich handelt es sich bei der Hauptakteurin Bundesrätin Widmer-Schlumpf sozusagen um eine Genossin einer befreundeten Partei Sommarugas. Bereits Bundesrätin Widmer-Schlumpf entliess damals fähige Leute aus dem BFM (Bundesamt für Migration); sie bewies, dass sie die Grösse nicht hatte, sich konstruktiv zu arrangieren. Nun geht es gewissermassen um die Reorganisation des damaligen Umbruchs. Im Zusammenhang mit den politischen Unruhen in Tunesien sei noch eine Aussage von Bundesrätin Sommaruga, welche sie in der Samstagrundschau

vom 4. Februar 2012 auf Radio DRS 1 machte, zitiert: «Die Tunesier sind nicht angewiesen auf die paar Millionen für die Entwicklungshilfe aus der Schweiz.»

Ob solch arroganter Aussage sind wohl die meisten Zuhörenden entsetzt, weil es sehr deutlich die Geringschätzung von Steuergeldern vor Augen führt. Dies setzt folgender Gedanke in Gang: Wenn Bundesräte/-rätinnen sich nicht bemühen, mit ihren Beamten zusammenzuarbeiten, sollten sich diese an deren hohen Abgangentschädigungen beteiligen müssen. Dadurch würden Beamtenrauswürfe à la Widmer-Schlumpf und Sommaruga mit Sicherheit sehr viel seltener!

Marcus Stoercklé jun., Basel

**Steuerabkommen mit
Deutschland, nein danke!**

Deutsche Finanzbeamte haben die CS systematisch ausspionieren lassen, was gemäss deutschen Juristen auch in Deutschland ein strafbarer Tatbestand ist. Obwohl der diesbezügliche Haftbefehl der Zürcher Staatsanwaltschaft nur Symbolcharakter hat, wurde die Schweiz als Folge mit rüpelhafter Steinbrück-Rhetorik eingedeckt. Dies obwohl sich die Schweiz in den Verhandlungen um das Steuerabkommen und der Forderung von Nachverhandlungen (selbstverständlich zum Vorteil Deutschlands) wie gewohnt unterwürdig gezeigt hat. Dabei würde Deutschland einseitig von einem solchen Abkommen profitieren.

Es ist nun allerhöchste Zeit, das Image einer erpressbaren, verhandlungsschwachen Schweiz loszuwerden. Als erster Schritt müsste Deutschland klargemacht werden, dass wir uns keine Abkommen aufzwingen lassen, garstige Töne aus Berlin hin oder her. Deshalb gehört das Steuerabkommen auf Eis gelegt, und zwar aus folgenden Gründen: Warum soll ein Abkom-

men mit einem Land, das unmittelbar nach dessen Ausarbeitung bereits Nachverhandlungen fordert, geschlossen werden? Was ist, wenn Deutschland – wie mehrmals geschehen – ein mit uns geschlossenes Abkommen bricht? Wäre es nicht klüger, mit einem Abkommen zu warten, bis die USA und England (Kanarische Inseln) ihre Steuer-oasen trocken gelegt haben? Dann würden nämlich alle Finanzplätze mit gleich langen Spiessen agieren!

Vom Ausland, speziell von der EU und den USA, wird unser Verhalten aufmerksam verfolgt. Ein erneutes Einknicken unsererseits hätte unverzüglich neue Forderungen zur Folge. Nach dem Finanzplatz wären unsere Versicherungen an der Reihe. Dann käme in harschem Ton die erneute Forderung nach Steuerharmonisierung und automatischer Übernahme von EU-Recht. Und bald wäre unser hoher Lebensstandard «passé», das heisst auf EU-Niveau abgesunken!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Zensur in der Schweiz?

Kürzlich hat eine Zeitung über den Kriminaltourismus offen geschrieben und dies mit einem Symbolbild hinterlegt. Wenn aber die Presse die Wahrheit ans Licht bringt, gefällt dies einer Gruppe von Gutmenschen nicht, sodass die entsprechende Zeitung im grossen Masse eingeklagt wird. Das Ganze war sogar international organisiert. Ähnlich ist es in Internetforen. Wer die Zusammenhänge beschreibt, wird verwahrt oder gesperrt. Gutmenschen können aber weiter behaupten, die Schweiz trägt noch mehr Menschen, noch mehr Entwicklungshilfegelder fordern und die wahren Zusammenhänge in Abrede stellen. Vermutlich alles solche, die dem Land selber auf der Tasche liegen. An gewissen Arbeitsplätzen werden sogar Anhänger der Schweizer Demokraten schlechter qualifiziert und sogar gedemütigt!

Tatsache ist aber, diesen Winter fanden Einbrüche fast im Minutentakt statt. Man fühlt sich in diesem Land nicht mehr sicher. Die Alpenfestungen wurden aufgehoben,

aber mittlerweile muss man die Wohnungen zu einer Festung ausbauen. Wohnungen müssen bis zum 3. Stock vergittert werden! Glücklicherweise gehört die Wohnung gehört. Aber viele Vermieter und Anwohner möchten dies nicht. Es könnte das «schöne» Bild der Siedlung stören! Es sind genau solche, die einem Einbruchopfer am wenigsten beistehen. Als Selbstbetroffener kann ich sagen, der seelische Schaden nach einem Einbruch ist grösser als der materielle Schaden und dauert über Monate an. Wenn man an einer Schnittstelle von vielen Kantonen wohnt, ist der Ärger über den Kantonswahn fast grösser als über die Einbrecher! Wann kommt endlich eine Bundespolizei? Mittlerweile haben einige Kantone gemerkt, man sollte wieder eine Grenzkontrolle einführen. Nur sind es merkwürdigerweise diese Kantone, die vorher ein Öffnen von Tür und Tor am vehementesten forderten! Man muss schon fragen, wo das Hirn ist. In Brüssel?

Fridolin Bühler, Weesen

Opferschutz statt Täterschutz – Abschreckung durch härtere Strafmassnahmen!

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

Es wird eng in der Schweiz!

- ➡ Jeden Tag wird in der Schweiz die Fläche von über 15 Fussballfeldern wertvollen Kulturlandes verbaut...
- ➡ Im Verlaufe der letzten 10 Jahre hat die Bevölkerung explosionsartig um 500'000 Menschen zugenommen...
- ➡ Heute leben schon über 7,8 Millionen Menschen in der Schweiz...
- ➡ Überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot, steigender Energieverbrauch, übermässige Umweltbelastung und Zersiedelung der Landschaft sind Folgen der Überbevölkerung...
- ➡ Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie mit, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen!

Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“

Im Bundesblatt veröffentlicht am 26. Juli 2011. Die unterzeichneten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Stabilisierung der Gesamtbevölkerung

¹ Der Bund trifft Massnahmen gegen die Überbevölkerung der Schweiz.

² Er sorgt dafür, dass die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigt. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es **handschriftlich** unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich **strafbar** nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____	PLZ _____	Politische Gemeinde _____			Kontrolle (leer lassen)
Nr.	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag Monat Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	
1					
2					
3					
4					
5					

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Initiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
Patrick Blöchliger, Gemeinderat, Schwandenholzstr. 161, 8052 Zürich; **Dr. -Ing. Michel Dupont**, chemin de la Clergère 29, 1009 Pully; **Lonny Flückiger-Lehmann**, rue du Stand 14, 2053 Cernier; **Bernhard Hess**, e. Nationalrat, Normannenstr. 45, 3018 Bern; **Rudolf Keller**, e. Nationalrat, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf; **Ruth Krähenbühl-Gerber**, Mittlere Hallenstr. 10, 3625 Heiligenschwend; **René Kunz**, Grossrat, Breitestr. 14, 5734 Reinach AG; **Robert Meyer**, Stadtrat, Untermattweg 66, 3027 Bern; **Dr. Ing. -chem. ETHZ Dragan Najman**, Grossrat, Mellingerstr. 176, 5400 Baden; **Dipl. Ing. agr. ETH Valentin Oehen**, e. Nationalrat, Köniztalstr. 12, 3098 Köniz; **Iic. iur. Christoph Spliss**, Gemeinderat, Mühlezelgstr. 42, 8047 Zürich; **Roland Uher**, e. Gemeinderat, Paul-Brandt-Str. 48, 9000 St. Gallen; **Lidwina Wiederkehr-Müller**, e. Gemeindeammann, Baldingerstr. 4, 5332 Rekingen AG; **Silvio Zannin**, Langgasse 69, 9008 St. Gallen.

Ablauf der Sammelfrist: 26. Januar 2013 Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)		Amtsstempel
Ort	Datum	
Eigenhändige Unterschrift	Amtliche Eigenschaft	

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden an das Initiativkomitee «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»:
 Postfach 18, 5332 Rekingen AG www.stabilisierungs-initiative.ch